DEMOKRATISCHER WIDERSTAND

Wochenzeitung DEMOKRATISCHER WIDERSTAND N° 120 , Samstag, 28. Januar 2023 bundesweit. Verkaufspreis 2,50 Euro: 1 Euro für den Verteiler & 1,50 Euro mit Verwendungszweck *Crowdfunding* bitte an *Sodenkamp & Lenz* · IBAN: DE68 1001 0123 2493 3614 28 · BIC: QNTODEB2XXX

Herausgegeben von Anselm Lenz, Sophia-Maria Antonulas und Hendrik Sodenkamp mit Prof. Giorgio Agamben

DAS LETZTE!

- KRIEGSTREIBER
- MÖRDERSPRITZE
- KINDERSCHÄNDERMASKE

Regime am eigenen Abgrund

Grüne Wehrdienstverweigerer, Polit-Marionetten und sonstige Sesselpupser schreien nach mehr Waffen für die Ukraine. Die Gazetten jubeln: »Endlich rollen wieder deutsche Panzer gegen Russland!«

Die Lieferung des deutschen Leopard-Panzers wird von glattgebügelten Journalisten bereits als Endsieg gegen Russland gefeiert. Ich frage Euch: Habt Ihr noch alle Tassen im Schrank?

Die Propagandisten zeigen uns alle ihr wahres Gesicht – wie bei der Corona-Lüge. Wir werden von den Dümmsten der Dummen, den Machtgeilsten der Machtgeilen und den Kaltschnäuzigsten der Kaltschnäuzigen regiert, medial berieselt und in den Krieg getrieben.

Ohne Bildung, Empathie und Sachkenntnis plappern sie nach, was ihnen vorgegeben wird. Völlig schmerzbefreit und schamlos äußern sich genau diejenigen für mehr Waffenlieferungen, die niemals auch nur eine kleine Blessur aus diesem Krieg davontragen werden. Im Gegenteil. Wir dürfen annehmen, dass es gerade unter den bekannten Politikern einige Lobbyisten gibt, die reichlich Kohle von der Rüstungsindustrie einsacken, wenn Deutschland weiter Waffen liefert. Schickt diese Verbal-Helden gesammelt an die Front.

In die erste Reihe bitte: Strack-Zimmermann (natürlich abschreckende Wirkung), gefolgt von Habeck (hat die Haare schön, macht Feind schwach), daneben Bärbock (labert Feind ins Koma) und hintendran Scholz (der lügt, dass sich die Kanonenrohre biegen).

➔ weiter auf Seite 5



Wir sagen's mit Blumen!

Das Regime wird fallen
– und wir uns *demokratisch* erneuern.
Die Demokratiebewegung ist täglich da!

Und am Samstag, 25. März 2023, feiert die Demokratiebewegung ihren dritten Geburtstag: Berlin, Rosa-Luxemburg-Platz, um 15:30 Uhr. Alle Montagsspaziergänger und Demonstranten sind eingeladen – mit roten Nelken, Weißer Rose und blauer Kornblume. Die Losung: »Bis zum umfassenden Sieg!«

Warum wir nicht weichen werden? ➔ Seite 4

Titelgrafik: DW/Ute Feuerstacke

16 TSCHÜSS, PROPAGANDA! *Diese Wochenzeitung gibts im* ABO!

12 UWE STEIMLE im DW-Interview: Links wie rechts zur Revolution!

9 LÜGNER ENTLARVT Doc Brandenburg über die »Praxis Dr. Hanefeld«

6 BEFREIT BALLWEG Demonstrationen täglich und überall!

NICHTOHNEUNS.DE

Wir

INHALT #DW120

- Kriegstreiber an die Front, Seiten 1, 5 und 14
- Der unbekannte Verteiler wird Preisträger, Seite 2
- Dr. Köhne fordert: »Kafka lesen!« Seite 2
- Bestatter Gerald Ramm packt aus, Seite 3
- Neues vom Widerstand von Anselm Lenz, Seite 4
- Prof. Martin Schwab: Verfassungsschutz und Grundgesetz, Seite 5
- Anwalt Pankalla über Klima-Kids, Seite 5
- Demonstrationskalender, Montagsspaziergänge, Medienwachen, Polizisten für Aufklärung, Seite 6
- Polizei-Held verabschiedet sich, Seite 7
- Querdenken ruft auf: Ballweg unterstützen! Seite 7
- DW-Verteiler werden, Seite 7
- Jebsen & Lenz: Bestandsaufnahme, Seite 8
- Interview mit Andreas Beck von »Chemnitz steht auf«, Seite 8
- Leserbrief, Online-Hinweise, Seite 8
- Dr. Paul Brandenburg über Neofaschist Hanefeld, Seite 9
- Proteste in Frankreich, Seite 10
- Motor Mittelstand, Seite 10
- Neuseeland wird Jacinda Ardern los, Seite 11
- Ulli Mies: Die »Ultra-Rechte« im Kampf gegen »Rechts«, Seite 11
- Kabarettist Uwe Steimle im großen Interview, Seiten 12 und 13
- Das Letzte von Anselm Lenz, Seite 13
- Christen im Widerstand, Seite 14
- Feige kleine Dreckratte: Jan Böhmermann, Seite 14
- Medienprofessor Michael Meyen zum Ende des DW, Seite 15
- Elon Musk neuer Investor beim DW? Seite 15
- Sport mit Thomas Berthold, Seite 15
- DW-Buchliste, Seite 15
- Grundgesetz und DW-Coupon, Seite 16

IMPRESSUM | Wochenzeitung «DEMOKRATISCHER WIDERSTAND» (DW / der Widerstand) – Stimme der parteiunabhängigen liberalen Opposition und der kritischen Intelligenz in der Bundesrepublik Deutschland auf Basis des Grundgesetzes. Gegründet und entwickelt von Anselm Lenz. | 120. Ausgabe ab Samstag, 28. Januar 2023. | Redaktionsschluss war am 26. Januar. | Alle Beiträge sind Originalbeiträge für diese Zeitung, Übernahmen werden als solche bezeichnet. Nicht bezeichnete Fotos: privat. | Förder- und Freundeskreis dieser Wochenzeitung: Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand e.V., Postfach 35 02 16, D-10211 Berlin. | ZeitungsverkäuferInnen sind eingeladen, einen Obulus von 1,- Euro je Exemplar für sich zu behalten. Spenden für die Zeitung sind weiterzuleiten (siehe unten). | Online: demokratischerwiderstand.de

Chefredakteure: Anselm Lenz, Hendrik Sodenkamp. **Chef vom Dienst:** Klaus Müller. **Redaktion Krieg & Frieden**: Felix Feistel (Ltg.), Ilia Ryvkin, Flo Osrainik. **Sportchef**: Thomas Berthold. **Layout und Satz**: Ute Feuerstacke, Anselm Lenz. **Fotoressort**: Georgi Belickin, Sandra Doornbos, Gerd Danigel, Steve Schramm. **Weitere Redaktionsmitglieder:** Dr. med. Paul Brandenburg, Ullrich Mies, Dirk Sattelmaier, Doro Neidel, Torsten Wetzel, Batseba N'Diaye, Nadine Strotmann, Wolfgang Greulich, Johnny Rottweil, Dr. med. Alexander Richter. **Korrektorat**: Stefanie Supé, Barbara Klumpp. V.i.S.d.P. Anselm Lenz & Hendrik Sodenkamp, Vorstand K.D.W. e.V., Berliner Allee 150, 13088 Berlin. Gegründet 25. und 28. März 2020 im Foyer der Volksbühne am Rosa-Luxemburg-Platz, Berlin. Sitze der Zeitung sind London, Oslo, Stockholm, Moskau und Montevideo. **Redaktionskooperationen**: De Andere Krant, Amsterdam. UFP United Free Press, London. **Verlagsvertragspartner**: Edition du Seuil, Paris. Herausgegeben von Anselm Lenz, Batseba N'Diaye, Hendrik Sodenkamp mit Professor Giorgio Agamben in Berlin für das gesamte Bundesgebiet seit seit 17. April 2020. **Verlag**: Sodenkamp & Lenz Verlagshaus GmbH, Berliner Allee 150, 13088 Berlin. Geschäftsführer Hendrik Sodenkamp & Anselm Lenz, Mitglied im VDZ, Verband der Zeitschriftenverleger Berlin-Brandenburg. Amtsgericht Berlin-Charlottenburg HRB224921B, USt-ID-Nr. DE 340880295. **Druck**: Union Druckerei, Storkower Straße 127a, 10407 Berlin; S+M Druckhaus GmbH, Otto-Hahn-Straße 44a, 63303 Dreieich. | Für Hinweise in dieser Zeitung auf Online-Links kann keine Haftung übernommen werden. Die Zeitung ist frei zur nichtkommerziellen Verbreitung, Vervielfältigung, Kopie, Projektion, Abfotografie, Verfilmung und so weiter, sofern dies sinnwahrend geschieht. Fotos und kommerzielle Verwertung müssen gesondert angefragt werden.

NICHTOHNEUNS.DE | Der **5-Punkte-Plan** seit 28. März 2020: **1**. Sofortiges Ende der Corona-Maßnahmen auch in Deutschland. **2**. Wiedereinhaltung des Grundgesetzes, des Nürnberger Kodexes und des Menschenrechtes in Wortlaut und Sinn. **3**. Neuwahlen, Brechung des Parteienprivilegs, imperatives Mandat. **4**. Volksentscheide über alle grundlegenden Angelegenheiten. **5**. Verfassungserneuerung auf Basis des Grundgesetzes mit Wirtschafts- und Sozialcharta. **Spenden an den Demokratischen Widerstand per Bareinzahlung oder Überweisung,** Verwendungszweck »Crowdfunding« oder »Schenkung«an Sodenkamp & Lenz, **IBAN:** DE68 1001 0123 2493 3614 28. **BIC/SWIFT**: QNTODEB2XXX.



Foto: Geogi Belickin

Unermüdlicher Held

Der Preis der Republik geht an den unbekannten Verteiler.
LAUDATIO von Hendrik Sodenkamp

Er steht seit dem 17. April 2020 auf den Straßen Deutschlands, Österreichs und der Schweiz für Aufklärung, Menschenrechte und Demokratie ein: Der unbekannte Verteiler harrt bei Wind und Wetter in Fußgängerzonen aus, läuft auf Demos, klappert Briefkästen ab und rüttelt Passanten auf.

In einer Zeit, in der viele Bürger den Lügen der Regierungs- und Konzernpresse ausgeliefert sind, schafft er unter den Menschen Irritation und Zusammenhalt zugleich. Indem er den Demokratischen Widerstand verteilt, sorgt er dafür, dass auch Leute mit den Erkenntnissen der Demokratiebewegung in Kontakt kommen, die sonst ausschließlich staatliche Propaganda konsumieren. Wir haben etliche Reaktionen erhalten von Lesern, die uns von ihrer Erleichterung und ihrem Glück berichteten, als sie die Zeitung in ihren Händen hielten. Sie wussten: Sie sind nicht allein. Klar, es gibt auch welche, die uns wutentbrannt die Zeitung zurückschickten. Ihren Zorn bekam ab und zu auch der Verteiler zu spüren. Damit umzugehen, bedurfte es Rückgrat und Humor. Aber diese Zeitung war alles andere als vergebens. Denn jeder weiß: Wir Demokraten sind kein Medienphänomen, sondern wirklich da. Mit uns, der demokratischen Opposition, werden die »da oben« leben müssen. Diese Erkenntnis zivilisiert die Aufgehetzten, beruhigt die Wütenden und lässt die Empfindsamen an der Brutalität der Regierung gegen uns Demokraten zweifeln.

Diese unabhängige Zeitung ist nur möglich, weil es eine immense Unterstützung aus der Demokratiebewegung gibt – besonders die der Tausenden ehrenamtlichen Verteiler. Eine echte Zeitung ist mehr als ein Internetlink zu einem *Blog* oder einem *Youtube-Clip*. Die Zeitung kommt an, sie bleibt hängen, wird weggelegt und immer wieder aufgenommen. Vielleicht wird ihr in einigen Punkten widersprochen, aber sie kann nicht ignoriert werden, denn sie ist da – in der realen Welt. Der warmherzigen, geschichtlich einmaligen (erbringen Sie den Gegenbeweis!) und unermüdlichen Aufklärungsarbeit des unbekannten Verteilers gebührt unser aller Dank.

DER PREIS DER REPUBLIK FÜR AUFKLÄRUNG, COURAGE, FREIE DEBATTE, GRUNDGESETZ UND DEMOKRATIE GEHT AN DEN UNBEKANNTEN VERTEILER. DIE AUSZEICHNUNG WIRD SEIT DEM 27. JUNI 2020 VOM UNTERSTÜTZERVEREIN DIESER WOCHENZEITUNG IN FORM EINER MEDAILLE AM BAND VERGEBEN.

Alle Preisträger: Stephan Kohn, Prof. Sucharit Bhakdi, Dr. Alexander Richter, Prof. Karina Reiß, Dr. Walter Weber und die Ärzte für Aufklärung, 1,3 Millionen vom 1. August in Berlin, Ken Jebsen, Alexandra Wester und Joshiko Saibou, zwei Heldinnen vom 29. August in Berlin, remonstrierende Polizisten, Tommy Hansen, Alexander Ehrlich, Jens Wernicke, Friederike Pfeiffer-de Bruin, Sebastian Götz, Markus Haintz, Sebastian Friebel, Viviane Fischer, Beate Bahner, Louise Creffield, André und Mona, Sibylle plus Martin und Söhne, Ralf Ludwig, Nana Domena Lifestyler, Ilona Si Moussa, Sören Pohlen, Dr. Wolfgang Wodarg, Daniel Igwe, Boris Reitschuster, Dr. Reiner Füllmich, Michael Ballweg, Dr. Klaus Hartmann, Karl Hilz, Ines Teetzen, Matthias Guericke, Michael Fritsch, Ricardo Lange, Dolli, Dr. Louis Fouché, Sabine Langer, Dietmar Lucas, Sarah aus Kassel, Doris und Aya, Captain Future, Silvia Loew, Roman Mironov, Heiko Schöning, Monika Bonnes, Michael Hatzius, Margot Winkler, Claudius Baum (Polizist aus Siegen), Harrison, Friedemann Däblitz, Nicki Minaj, Freddy Independent, Dirk Sattelmaier, Perin Dinekli, Volker Bruch, Nils Wehner, Batseba N'Diaye, Martin Kugelmann, Monica Smit, Christian Krähling, Volkmar Zimmermann, Ulrike Guérot, Miriam Stein, Lisa Fitz, Dr. Friedrich Pürner, Owe Schattauer, Dr. Bodo Schiffmann, Eugen Drewermann, Julia Neigel, Thomas Röper, Dietrich Brüggemann, Henning Rosenbusch, Michael Meyen, Avital Livny, Sabrina Kollmorgen, Gunnar Kaiser, Tom Meert, Julian Assange, Ria Makei, Dr. med. Carola Javid-Kistel, Andreas Schöfbeck, Prof. Dr. med. Harald Matthes, Uli Gellermann, Dr. Paul Brandenburg, Tim Röhn, Prof. Giorgio Agamben, Vera Sharav, Silke Martens, Tom Lausen, Hans-Eberhard Schultz, Christian Kreiß, Susanne Köhler, Général Christian Blanchon, Markus Fiedler, Dr. med. Ronald Weikl, Rolf Kron, Andreas Sönnichsen, Chelsea Manning, Dr. Matthias Burchardt, Unsichtbares Komitee (Anonym), Prof. Dr. Martin Schwab.

PREIS ABERKANNT!

Es war die Hoffnung aufgekommen, dass bei irgendeiner unserer Politmarionetten mal die Kinderschändermaske fällt, öffentlich in Tränen ausbricht wegen all der Verbrechen – und die Karriere verweigert. Doch sagte Christine Lambrecht mit ihrem berühmten Knaller-Video wirklich: »Ich möchte lieber nicht« und »ich habe mitgemacht, aber ich will in diesem Horrorzirkus nicht mehr an Lügen, Morden, Abzocken und Unterdrückung des deutschen Volkes mitwirken«? Dass sie auspackt, ein Ende der Kriegsbeteiligung wie den Nato-Austritt erklärt und zu uns auf die Seite des deutschen Volkes kommt? Das war wohl die Hoffnung. Die Aufregung war groß: Die Jury hatte die berühmte Silversteransprache der Verteidigungsministerin Christine Lambrecht (SPD) als große Geste der Absage gewertet und ihr den derzeit angesehendsten Öffentlichkeitspreis verliehen (DW117). Wie schon 2020, als Lambrecht noch im Amt der Bundesjustizministerin zwischenzeitlich das Demonstrationsrecht verteidigt hatte und den Preis der Republik erst zuerkannt bekam – und nach erneutem Verbrechertum wieder aberkannt. So auch diesmal. Nur Tage nach dem Knallervideo gingen von ihrem Ministerium weitere Kriegshandlungen aus. Die Jury gibt schweren Herzens und trotz menschlicher Sympathie (»5.000 Helme«) bekannt: Christine Lambrecht wird der Preis der Republik wegen falscher Voraussetzungen und aktiver Kriegstreiberei zum zweiten Male wieder aberkannt. (ale)

DEMOKRATISCHERWIDERSTAND.DE

Kafka lesen, Wissen ernten

EINWURF *von Werner Köhne*

Was war damals dein erster Gedanke? Eine oft gestellte Frage, die auf die Reaktionen abzielt, nachdem das Coronaszenario im Frühling 2020 begann.

Es war von Anfang an schwer zu deuten und historisch einzuordnen, was da an brodelnden Befindlichkeiten ins Kraut schoss – bis in den Irrsinn hinein.

Als die ersten Maßnahmen durch Regierung und Medien angeordnet wurden, standen neben den Epidemiologen auch die Juristen im Licht der Öffentlichkeit und gaben die Muster für ein Verständnis vor. Zumeist geschah dies in blinder Konformität mit dem System: Die Verfassung wurde ad absurdum geführt – ohne nennenswerte Gegenwehr aus der Bevölkerung.

Bei mir galt der erste Gedanke, der sich damals aufdrängte, nicht der Rechtsbeugung oder den Folgen der sogenannten Pandemie. Ich dachte sofort: Das ist Kafka – pur. Er hatte in seiner unvergleichlichen Prosa ein Fluidum des Abgründigen entfaltet, indem er – in einer fast bösartigen Zärtlichkeit – in die Eingeweide der herrschenden Juristen- und Verwaltungssprache eindrang, um so ein Profil unseres spätmodernen Lebens zu erstellen.

Zunächst wurde dieses »Kafkaeske« von einer Kohorte aus dem literarischen Feuilleton aufgegriffen, die mit ihren komplizierten Kafka-Interpretationen einer kruden Beliebigkeit das Wort redeten.

Aber die nackte und zugleich virtuelle Realität des Coronaszenarios wirkte verheerend auf unsere Gemüter ein. Seitdem wissen wir dank Kafka, dass das Normale nicht das Normale ist.

Wer Kafka liest, weiß, dass wir in dieser Zeit selbst Opfer unserer formal fixierten Handlungen und deren Sprache geworden sind. Seit Kafka wissen wir, dass Verwaltungsakte und Maßnahmen, wie sie das Coronaregime vollstreckt, keine inhaltliche Legitimation mehr nötig haben. Und schließlich wissen wir, dass Macht dort am erfolgreichsten agiert, wo sie abstrakt und aus der Distanz operiert und gerade kraft des alles unter sich begrabenden Formalismus am heftigsten auf die nackte Kreatur Mensch einwirkt.

Der Jurist Kafka und auch Josef K. aus der Erzählung »Der Prozess« wussten das.

Bestatter Gerald Ramm:

»Die Leichen der Geimpften stapeln sich!«

DW: Herr Ramm, bitte stellen Sie sich kurz vor!
Gerald Ramm: Ich bin 58, Bestattungsunternehmer in Woltersdorf bei Erkner östlich von Berlin, und in meiner Region recht bekannt, da ich auch Ortshistoriker bin, einst Vorsitzender des örtlichen Verschönerungsvereins und zudem publizistisch tätig war. So habe ich u. a. mehrere Bücher über das Kriegsgeschehen in Berlin und Brandenburg zum Kriegsende 1945 und zur Stummfilmgeschichte geschrieben.

DW: Gestorben wird immer. Demnach ist Ihr Beruf krisensicher. Wie kamen Sie dazu?
G.R.: Über den Bruder meiner Sekretärin, der in West-Berlin ein Bestattungsunternehmen führte. In der DDR war ich einst als Ingenieur tätig, wurde nach der Wende jedoch arbeitslos. Eigentlich sollte es nur ein Übergangsjob sein, aber ich mache den Beruf mit großer Leidenschaft jetzt schon seit 32 Jahren. Allerdings hat sich seit Corona einiges verändert.

DW: Was genau meinen Sie?
G.R.: Es ging los mit den angeblichen Coronatoten, die bei uns landeten. Ich habe 2020 schon früh bemerkt, dass diese allesamt aus einem anderen Grund in einem extrem moribunden Zustand waren – erheblich vorerkrankt, z. B. mit Krebs im Endstadium, und meist weit über 80. Keiner von denen ist allein an Covid-19 gestorben. Sie haben alle bereits auf ihren Tod gewartet. Bei einigen hätte schon eine Fliege im Nasenloch gereicht. Corona hat ihr Leben nur ein paar Tage oder Wochen verkürzt. Doch wirklich erschreckend wurde es mit Beginn der Impfkampagne.

DW: Inwiefern?
G.R.: Bereits Mitte 2021 verzeichneten wir eine deutliche Zunahme der Todesfälle. Anfangs hielt ich das noch für einen Zufall. Doch das Bild wurde immer klarer, zumal die Ursachen laut Totenscheinen oft ein plötzlich eingetretener Tod, Herzmuskelentzündungen, Schlaganfälle und auch Blutgerinnsel waren. Im Jahr 2022 hatten wir 30 Prozent mehr Todesfälle als im Vorjahr.

DW: Wie ist die derzeitige Lage?
G.R.: Sowohl im Dezember 2022 als auch jetzt im Januar hatten wir ein Auftragsplus von jeweils 100 Prozent im Vergleich zu den Monaten im jeweiligen Jahr davor. Wie sich die Zahlen im Jahresverlauf entwickeln, bleibt abzuwarten. Stand heute ist es so: Die Leichen der Geimpften stapeln sich, die Kühlräume sind voll. Wir hatten noch nie – nicht mal annähernd – so viel Arbeit wie jetzt.

DW: Das passt zur aktuellen Übersterblichkeit: Im Dezember lag sie 19 Prozent über dem mittleren Wert der Vorjahre. Aber warum sind Sie sicher, dass der Grund für die Zunahme der Todesfälle die Injektion ist?
G.R.: Daran besteht aus meiner Sicht nicht der geringste Zweifel. Es sterben viel zu viele Menschen im zeitlichen Zusammenhang zur Spritze – vor allem auch Jüngere im Alter von 40 bis 60 Jahren. Bei dem einen oder anderen mag es Zufall sein, aber niemals in dieser hohen Anzahl. Hinzu kommt: Ich erlebe die fatalen Auswirkungen der Spritze auch im privaten Umfeld. Kurz nach Impfstart erwischte es einen Freund von mir, keine 40 Jahre, der einfach tot umgekippt ist. Mein Nachbar, 43, hat sich spritzen lassen, um im Urlaubshotel den Spa-Bereich nutzen zu dürfen. Zwei Tage später habe ich ihn aus der Gerichtsmedizin abgeholt. Ich kenne auch viele Fälle von Betroffenen, die nicht bei uns landeten: Sie haben schwere Impfschäden, überlebten aber.

DW: Zum Beispiel?
G.R.: Ein weiterer Freund von mir, 41, sitzt seit der zweiten Impfung im Rollstuhl, ist ab dem Bauchnabel abwärts gelähmt. Der Lebensgefährte meiner Bestattungsrednerin, keine 60, wurde im Juli 2022 geimpft, wird jetzt im Pflegeheim gefüttert und gewindelt. Meine Mutter erlitt sowohl nach der ersten als auch nach der zweiten Spritze jeweils einen Schlaganfall. Nebenbei: Was steht in ihrem Arztbericht unter Impfstatus? Unbekannt! Es wird also nach wie vor mit aller Macht versucht, die Spuren, die zur Spritze führen, zu verwischen.

DW: Obduktionen könnten für endgültige Gewissheit sorgen. Warum werden die kaum durchgeführt?
G.R.: Die Angehörigen müssten die Kosten dafür selbst tragen. Und sie haben Angst, dass sich ihre schlimmsten Befürchtungen bestätigen. Schließlich haben sie oft ihre Liebsten zu den Spritzen gedrängt.

DW: Wie ist die Lage bei anderen Bestattern?
G.R.: Ich stehe mit vielen Kollegen im engen Austausch. Sie bestätigen meine Erfahrungen.

DW: Warum tun Sie sich nicht zusammen und hauen auf den Putz?
G.R.: Wir sind alle kleine Unternehmer. Die Frage müsste eher lauten: Warum melden sich die Großen der Branche, die deutschlandweit agieren, wie Otto Berg oder Grieneisen nicht zu Wort? Die Antwort: Weil sie nicht unangenehm auffallen wollen. In unserem Gewerbe steht man ohnehin nicht gerne in der Öffentlichkeit.

DW: Sie haben Ihre Ohren nah am Bürger. Wie nehmen Sie die derzeitige Stimmungslage wahr?
G.R.: Es herrscht eine gedämpfte Stimmung. Die Leute nehmen alles, was gerade um sie herum passiert, stoisch hin. Viele verschließen auch die Augen. Aber die Wahrheit kommt jetzt mehr und mehr ans Tageslicht.

Das Interview führte Klaus Müller.

Bereits seit 32 Jahren ist Gerald Ramm im Osten Berlins als Bestatter tätig. Er sagt: »Wir hatten noch nie – nicht mal annähernd – so viel Arbeit wie jetzt.« Foto: Privat

Quelle: Statistisches Bundesamt

Sterbefallzahlen Deutschland

	2019	2020	2021	2022
Jan.	85.105	84.980	106.803	89.265
Feb.	81.009	80.030	82.191	82.624
Mär.	86.739	87.396	81.901	93.510
Apr.	77.410	83.830	81.877	85.930
Mai	75.669	75.835	80.876	81.418
Jun.	73.483	72.159	76.836	81.418
Jul.	76.926	73.795	76.704	85.055
Aug.	73.444	78.742	76.402	85.542
Sep.	71.022	74.243	77.931	80.209
Okt.	77.006	79.781	85.080	93.285
Nov.	78.378	85.989	93.915	87.616
Dez.	83.329	108.792	103.171	111.403
insgesamt	939.520	985.572	1.058.702	1.060.184

WAS ZEIGT DIE MEDIZINISCHE GRAFIK?

Oben sehen Sie die Sterbefallzahlen im Vergleich der Jahre. Es wird klar: Es gab nie eine gemeingefährliche Seuche. Für Oktober 2022 wurde ein Anstieg von 19 Prozent der Sterbefälle im Vergleich der Vorjahre gemeldet. Der Grund: Die Injektionen.

Die Sterbefälle halten sich im Jahr 2020 im Rahmen der Vorjahre. Zieht man die Geburtenstärke der Jahrgänge um 1940 in die Berechnung mit ein, hatten wir sogar eine Untersterblichkeit. Erst mit dem Beginn der Impfkampagne im Dezember 2020 zieht die Übersterblichkeit im Jahr 2021 an. Ebenso nehmen die Kollateralschäden der Maßnahmen zu. Die Zahlen sind die aktuellen des Statistischen Bundesamtes.

MELDUNG

INSEKTEN IM ESSEN? ACURA-KLINIKEN ZEIGEN EU DIE ROTE KARTE

Baden-Baden/DW. Wenn man denkt, irrer geht es nicht, kommt die EU daher und setzt noch einen drauf. Nach Insekten wie z. B. der Wanderheuschrecke und dem Mehlwurm dürfen laut neuer EU-Verordnung nun weitere kleine Krabbeltierchen wie die Hausgrille und der Getreideschimmelkäfer in Lebensmitteln (z. B. Backwaren, Soßen, Fleischalternativen) enthalten sein. Eine weitere Erziehungsmaßnahme »von oben« für die Bürger auf dem Weg hin zu einer fleischfreien Ernährung? Schließlich liefern die Insekten wertvolle Proteine. Merkwürdig nur: Noch 2016 hatte die EU Lebensmittel aus Insekten nicht (!) erlaubt, nun gelten sie plötzlich als »sicher«. Die Acura-Kliniken Baden-Baden – ein Verbund aus mehreren Rehakliniken, Akuthäusern, einem medizinischen Versorgungszentrum sowie einem Pflegeheim – machen dabei nicht mit und warnen auf ihrer *Facebook*seite: »Nicht für unsere Patienten und Mitarbeiter! Großes Allergierisiko! Die EU verkauft unsere Lebensmittelsicherheit.«

Acura? Da war doch was? Richtig! Klinik-Geschäftsführer Dirk Schmitz zeigte schon während der Plandemie klare Kante, positionierte sich eindeutig gegen eine allgemeine und einrichtungsbezogene Impfpflicht und sorgt darüber hinaus regelmäßig mit bissigen und regierungskritischen Kommentaren für helle Aufregung im *Mainstream*. Im Oktober 2022 sprach er auf der Internetseite des Unternehmens Gesundheitsminister Karl Lauterbach direkt an: »Du bist als Minister langsam ohne weitere psychiatrische Untersuchungen dauerhaft dienstunfähig.« Zwei Monate später bezeichnete er ihn auf *Facebook* als »Totengräber der deutschen Krankenhäuser«. Da der (politische und *woke*) Wahnsinn kein Ende nimmt, hat Schmitz sicher auch künftig viel zu kommentieren. (kmü)

Warum wir nicht weichen werden!

Die Demokratiebewegung wird III Jahre alt – und Neues vom Widerstand. | Von Anselm Lenz, Herausgeber der Wochenzeitung *Demokratischer Widerstand*

Mit der Implementierung des Ausnahmezustands im März 2020 und der Kriegsbeteiligung ab März 2023 haben Regierungsmitglieder, EU-Funktionäre des Staatsapparates, Konzernoligarchen und deren Durchführer den Boden des Grundgesetzes verlassen und zudem mit Menschenrecht und Nürnberger Kodex gebrochen. Dies, wie alle antidemokratischen Putschisten, aus einer vermeintlich höheren Notwendigkeit.

Einmal muss der Planet vor dem Menschen gerettet werden und – laut dem PC-Oligarchen William Gates in der *ARD*-Tageschau im April 2020 – »7 Milliarden Menschen« abgespritzt werden. Ein andermal muss mal wieder ein angeblicher neuer Hitler in entlegenen Weltregionen beseitigt und im Zuge dessen der imperiale Apparat mit dem *Trademark*-Namen »Freiheit und *Democracy*« weiter nach Osten verschoben werden. Artikel 20 Absatz 4 des Grundgesetzes (siehe Seite 16) ist seither auch laut vieler erfahrender Verfassungsjuristen ausgelöst. Dieser unabschaffbare Grundsatz ist mit Ewigkeitsklausel bewährt und räumt allen Deutschen in weiser Voraussicht ein umfassendes Widerstandsrecht ein.

Seit dem 28. März 2020 hat sich die größte, langanhaltendste, zahlreichste und, wenn man so will, »täglichste« Demokratiebewegung aus dem Volk erhoben, die es jemals in den Jahrhunderten der europäischen Geschichte gegeben hat. Von Beginn an hat die Demokratiebewegung einen 5-Punkte-Plan, der anstatt Unterdrückung und parasitärer Technokratie die Entscheidung über grundlegende Angelegenheiten dahin zurückbringt, wo sie einzig und allein hingehört: Zum Volk, also den Menschen im Lande.

Die Demokratiebewegung wird drei Jahre! Am Samstag, dem 25. März 2023, 15:30 Uhr auf dem Berliner Rosa-Luxemburg-Platz, können alle Montagsspaziergänge aus dem ganzen Land, Mahnwachen, Freiheitskämpfer, Demokratinnen und Demokraten aller Farben und Neigungen zusammenkommen. Es ist ein Fest des Friedens, der Freiheit und der unbeugsamen Gegnerschaft zu Diktatur und Unterdrückung.

Warum wir nicht weichen werden in fünf Punkten. Die Ziele der *label*losen Demokratie- und Freiheitsbewegung lauten seit 28. März 2020:

1. SOFORTIGES ENDE DER CORONA-MASSNAHMEN AUCH IN DEUTSCHLAND.

Es mag so aussehen, als sei der *Lockdown*-Terror vorüber, aber das ist nicht der Fall. Weiterhin werden die Spritzen beworben, weiterhin drohen Polit*trucks* und Pharmalobbyisten mit neuen Viruslügen wie zuletzt Karl Lauterbach mit der Variante XBB.1.5. Der gesamte Spritzen-, Masken und Unterdrückungsapparat muss beendet und beseitigt werden und darf nie mehr hervorgeholt werden.

2. WIEDEREINHALTUNG DES GRUNDGESETZES, DES NÜRNBERGER KODEXES UND DES MENSCHENRECHTES IN WORTLAUT UND SINN.

Die Verbrechen gegen die Menschheit, die im Zuge des Corona-Ausnahmezustandes geschehen sind und noch immer stattfinden, sind derart maßlos und – was das Massensterben in Folge der Injektionsregime betrifft – so unbegreiflich und nahezu unaussprechlich, dass wir uns zunächst auf das besinnen müssen, was wir an insgesamt einigermaßen bewährten Rechtsgrundlagen haben. Grundgesetz, Nürnberger Kodex und Menschenrecht müssen unter allen Umständen ihrem Wortlaut und ihrem Sinn nach eingehalten werden. Ein Ausnahmezustand findet nicht statt und ist immer und unter allen Umständen illegal. Wenn unsere Regierung mit den grundlegendsten Rechten bricht, haben wir das Recht – und die Pflicht – zum Widerstand, um unsere Grundrechte – durch Tat – wiederherzustellen oder – durch Tat – selber durchzusetzen, bis hin dazu, das Regime mit allen angemessenen Mitteln zu stürzen.

3. NEUWAHLEN, BRECHUNG DES PARTEIENPRIVILEGS, IMPERATIVES MANDAT.

Der Niedergang der Parteienochlokratie steht Millionen von Menschen in der BRD und anderen Ländern deutlich vor Augen. Die Hoffnung, durch Entbürokratisierungskommissionen zu einer Entschlackung des mafiös verstrickten Parteienapparates von »links« bis »rechts« zu gelangen, führt nur noch zu mehr Bürokratie. Die politische Machtausübung muss vom Volk zu jeder Zeit kontrolliert werden, das geplante neue Wahlrecht der Parteien abgewehrt, die Bevorrechtigung und Überfinanzierung der Parteien beendet und stattdessen direkte VolksvertreterInnen gewählt werden, deren Parteimitgliedschaft irrelevant ist. Diese Abgeordneten müssen aus den Wahlkreisen direkt und kurzfristig zurückbeordert und ausgetauscht werden können, wenn sie sich wiederum im Lobbyismus verfangen oder sich von den Mühlen der Verwaltung zermahlen lassen.

4. VOLKSENTSCHEIDE ÜBER ALLE GRUNDLEGENDEN ANGELEGENHEITEN.

Interessierte Kreise aus Großkapital und dem parasitär-mafiösen Staatsapparaten wollen nach alter selbstherrlicher und durch nichts und niemanden legitimierte – neofeudalistisch bis neofaschistische – Manier derzeit einen Putsch durchführen. Entscheidungen über grundlegende Angelegenheiten wie etwa Verfassungsfragen, Kriegsbeteiligungen, die Entscheidung für oder gegen eine Währung oder Wirtschaftszonen wie TTIP und CETA, Großgrundbesitz, Geldsystem, drastische Gesundheitsangebote, die Mitgliedschaft in oder der Austritt aus militärischen Bündnissen und die Wirtschafts- und Sozialgesetzgebung gehören aber in letzter Konsequenz in die Hände des Volkes. In allen grundlegendsten Angelegenheiten muss per Volksentscheid abgestimmt werden. Das belebt die demokratische Diskussion und macht sogar bei deutlichen Abstimmungsergebnissen klar ersichtlich, dass es auch andere Haltungen zum jeweiligen Grundsatzthema gibt, die demokratisch respektiert werden müssen, und die nicht ausgelöscht werden können, – sondern in ihren Grundrechten geschützt werden, auch wenn sie als Staatspolitik in der Gegenwart nicht zum Tragen kommen.

5. VERFASSUNGSERNEUERUNG AUF BASIS DES GRUNDGESETZES MIT WIRTSCHAFTS- UND SOZIALCHARTA.

Dem deutschen Volk muss eine neue Verfassung auf Basis des Grundgesetzes zur Abstimmung vorgelegt werden. Nach Artikel 146 des Grundgesetzes ist es an der Zeit, dass sich das Volk selbst, aus sich selbst heraus, demokratisch neu verfasst – etwa für die gesamtdeutsche Freie Bundesrepublik Deutschland in den Grenzen von 1990. Sollte das deutsche Volk etwa in einem Brüsseler EU-Nato-Staat aufgehen wollen, müsste auch das abgestimmt werden. Eine grundlegendere Frage gibt es in einer Demokratie überhaupt nicht.

In diesem Punkt beruft sich die Demokratiebewegung von Beginn an auf die lange demokratische Tradition, die es in Deutschland seit dem 18. Jahrhundert gibt. Mit den Großdemonstrationen und dem Versuch der Verfassungsgebenden Versammlung vom August 2020 hat das deutsche Volk unter millionenfacher Beteiligung und aus eigener Initiative bewiesen, dass es willens und in der Lage ist, sich aus sich selbst heraus demokratisch zu erneuern.

Dieser Prozess der verfassungsmäßigen Erneuerung und souveränen Selbstkonstitution hat ergebnisoffen begonnen und wird nicht mehr aufzuhalten sein. Bis zur Volksabstimmung ist der Gegensatz von »rechts« und »links« in der Demokratiebewegung aufgehoben, dieser zeigt sich in der Diskussion und schließlich der Abstimmung selbst, trennt aber nicht das Volk als Ganzes. Die Demokratiebewegung kommt aus der Arbeiterklasse und beinhaltet große Teile des Mittelstandes und sehr wenige, aber demokratiebegeisterte Großeigentümer, die bereit sind, sinnvoll zu teilen oder sogar kräftige Abstriche zu machen.

Die Wochenzeitung *Demokratischer Widerstand* wird nach der Ausgabe 120 zur Zeitung für demokratische Verfassungserneuerung. Die erlangten Errungenschaften bei der Massenaufklärung und Information können unter demokratischerwiderstand.de eingesehen werden. Um entsprechende Unterstützung wird gebeten.

Dieser Text ist als Lesung aktuell auf dem Medienportal Apolut.net.

Anselm Lenz ist Journalist und Verleger in Berlin, Gründer der Demokratiebewegung und Entwickler der Wochenzeitung Demokratischer Widerstand. Er arbeitete unter anderem für große Tages- und Wochenzeitungen sowie Staatstheater in Deutschland, veröffentlichte Bücher, Essays und Veranstaltungsreihen. Für sein »Kapitalismustribunal« wurde er für den Nestroy-Preis nominiert und ist seither Nestroy-Akademiemitglied auf Lebenszeit.

MELDUNG

INNA ZHVANETSKAYA IST IN SICHERHEIT

Stuttgart/DW. Die 85-jährige Überlebende der Judenverfolgung Inna Zhvanetskaya, die mit Zwangsinjektion bedroht wird, befindet sich weiter auf der Flucht, aber in einem sicheren Versteck vor den BRD-Amsträgern. Das geht aus Verlautbarungen des Rechtsanwalts Holger Fischer hervor. Mittlerweile soll die Zwangsinjektion mit den Covid-Präparaten (»Impfung«) gerichtlich abgesagt worden sein, nachdem Reporter vom österreichischen Online-Magazin *report24.news* sowie *Demokratischer Widerstand*, die *Jerusalem Post* und der US-Sender *Fox-News* berichtet hatten. Auch ein Vorstand der Israelitischen Religionsgemeinschaft Württembergs (IRGW) bezog Stellung.

Die Pianistin und Komponistin Zhvanetskaya hatte auf Beschluss der ausführenden Richterin vom Amtsgericht Stuttgart-Cannstatt namens Dr. Luitpold von zu Hause abgeholt, zwangseingewiesen mit Psychopharmaka versetzt und zudem mit der Corona-Massengenozid-Spritze zwangsinjiziert werden sollen. Der Hintergrund: Die geistig und körperlich entscheidungsfähige und selbständige Musikerin hatte bereits im Jahr 2015 bei einem Kongress zum Thema der Zwangsmedikation referiert und diese abgelehnt. (ale)



WEGEBIER FÜR DIE GESCHÄNDETEN DES »ROT-ROT-GRÜNEN« BERLINER SENATES?

Verhöhnt die SPD nun Obdachlose, *DW*-Zeitungsverteiler und geräumte Stadtbewohner? – Am 12. Februar 2023 soll die Berlin-Wahl wiederholt werden, weil September 2021 in den Wahllokalen nichts korrekt ablief. Im Wahlkampf wirbt die Berliner SPD nun mit Freibier (Foto DW/ale). Dabei waren unter dem »rot-rot-grünen« Berliner Senat und in direkter Verantwortung der Berliner SPD-Politiker Michael Müller (Regierender Bürgermeister) und Andreas Geisel (Innensenator) Demonstrationen brutal niedergeschlagen und Oppositionelle in neofaschistischer Manier verfolgt und terrorisiert worden.

Noch im Januar 2022 war der Oppositionelle Boris Pfeiffer in einer der »Polizeimaßnahmen« der Regierungskoalition von SPD, Partei Die Linke und Bündnisgrünen getötet worden. In die »Ära« der vermeintlich »linken« Parteien fällt auch die systematische Verweigerung, den Volksentscheid zur Enteignung von Wohnungsheuschrecken umzusetzen sowie die gewaltsame Räumung von Stadtprojekten wie etwa »Liebig34«, »Syndikat«, »Meuterei« und »Köpi«. (ale)

»KRIEGSTREIBER AN DIE FRONT!« – IST DER LEOPARD DER GLEICHE *GAMECHANGER* WIE DIE IMPFUNG? | Fortsetzung vom Titel | Von Nadine Strotmann

Eine besonders interessante Erkenntnis: Die Impffanatiker von gestern sind die Kriegstreiber von heute. Die Gretchen-Frage lautet also: Ist etwa der Leopard der gleiche *Gamechanger* wie die Impfung?

IM KRIEG GEWINNT NUR EINER: DER MILITÄRKOMPLEX

So bejubelt Janosch Dahmen, gesundheitspolitischer Sprecher der Grünen, Hetzer gegen Ungeimpfte, die Meldung zur Panzerlieferung in der Kurznachrichtenblase *Twitter*: »Endlich! #Ukraine *#FreeTheLeopard*.« Und auch unser Finanzminister Christina Lindner, FDP, schrieb auf demselben Nachrichtendienst: »Die #Kampfpanzer stärken die #Ukraine gegen Putin. Es ist ein wichtiger Schritt, dass die USA sich neben dem #Leopard auch beteiligen. Zu dieser Gemeinsamkeit hat deutsche Diplomatie beigetragen.«

Wieder einmal geben sich die Propagandisten keine Mühe, uns wenigstens nur ein wenig Sand in die Augen zu streuen. Es sind dieselben einstudierten, orwellschen Floskeln (»Waffen schaffen Frieden«), die jene Kriegstreiber von sich geben, die denen der Corona-Erzählung ähneln.

Wieder peitschen sie uns auf Solidarität und Zusammenhalt ein. Wieder einmal wird das Volk auf Entbehrungen und finanzielle Entlastungen eingeschworen.

Wer auch immer die Flüsterer der Politiker und Medienschaffenden sind, ihre Texte schreibt, die Dramaturgie bestimmt, anleitet — diese Sprachregelungen sind wieder einmal kein Zufall.

Es gibt in diesem transatlantischen Kriegsgezüngel nur einen wahren Gewinner: den Militärkomplex. Alle anderen verlieren.

Weekly Wahnsinn! Diese Bundesregierung zerstört im Auftrag der transatlantischen Interessen alles, was unseren Wohlstand ausmacht: Sie spaltet die Gesellschaft, untergräbt den Rechtsstaat, zerstört das Verhältnis zu Russland, verharmlost den (*Fake*-)links-grünen Terrorismus, fördert Massenmigration ins Sozialsystem, fährt das Gesundheitssystem gegen die Wand und befeuert nun einen Atomkrieg. Es bleibt wahnsinnig, bleiben Sie gelassen und bitte widerspenstig. Diese Ihnen vorliegende Zeitung hat Geschichte geschrieben und wird es weiterhin, wenn Sie es wollen (siehe Seite 15 dieser Ausgabe).



Nadine Strotmann ist Kommunikationswissenschaftlerin, DW-Redaktionsmitglied und Marketingfachfrau.

KLIMA-*KIDS*: ZIVILER UNGEHORSAM ODER DOCH GEWALT?

Während bei den Corona-Demos niemals über die Inhalte berichtet wurde, rollen ARD und ZDF den Klima-Demonstranten den roten Teppich aus. Sogar die Polizei wartet brav, bis die Medienvertreter ihre Fotos von Greta und Co. gemacht haben. | Kommentar von Gordon Pankalla

Ich erinnere mich noch, wie mein Kollege Markus Haintz im Jahr 2020 in Berlin von der Polizei ohne Vorwarnung von hinten niedergerissen wurde und ein Uniformierter in Kampfmontur die Friedensaktivistin Friederike de Bruin brutal gegen die Wand schleuderte und dabei schwer am Kopf verletzt.

Die zierliche Frau ist wegen »Landfriedensbruch« angeklagt. Rückblick 2021, Berliner Tierpark: Der Journalist Boris Reitschuster berichtet von einer russischen Polizei-Taktik. Immer wieder werden Menschen herrausgepickt und ohne jede Vorwarnung zu Boden gerissen. Polizeibeamte brechen bei genau so einer Aktion meinem Mandanten Thomas G. eine Rippe und einen Finger, sie drücken ihm mit den Fingern in die Augen und führen ihn mit runtergelassener Hose ab. Seine Frau, die ihn aus Angst umarmt, kommt wegen »Gefangenenbefreiung« vor Gericht. Vom Terror, der Polizeigewalt, Einschüchterumgsversuchen und »blöden Zufällen« gegen *DW*-Redakteure ganz zu schweigen.

Bei der Erfassung und Ahndung von Polizeigewalt versagen die Behörden in Deutschland systematisch, so die Einschätzung des ehemaligen UN-Sonderberichterstatters für Folter Nils Melzer. Dieses Fazit zog der Menschenrechtsexperte im April 2022 aus seinem Austausch mit der Bundesregierung. Während Demonstrierende teils in Schnellverfahren abgeurteilt würden, würden Verfahren gegen Polizisten eingestellt oder verschleppt »bis niemand mehr hinschaut«. »Die Überwachung der Polizei funktioniert in Deutschland nicht.« Arroganz sei gefährlich, berichtete Melzer. »Das zerstört das Vertrauen der Bürger in die Polizei.«

BEHÖRDENVERSAGEN KEIN ZUFALL

Ähnlich erschütternd sind meine Erfahrungen mit den Gerichten und vor allem der Staatsanwaltschaft. Gegen die Polizisten, die meinem Mandanten Thomas G. die Rippen brachen, haben wir Strafanzeige erstattet, aber es passiert nichts. Eine andere Mandantin von mir rief bei ihrer Festnahme, dass sie an der Schulter operiert ist, dies hinderte die Polizei nicht daran, ihr die Schulter zu zerreißen, und ihr Mann wurde zu Boden gerissen und dabei schwer verletzt. Wieder derselbe Vorwurf: Gefangenenbefreiung. Ermittlungen gegen die Polizeibeamten gab es nicht.

Anzahl der Berichte in den *Mainstream*-Medien zu diesen Vorfällen: Null. Beiträge über die massive Polizeigewalt gegen die Corona-Demonstranten passen nämlich nicht ins Narrativ. Die ausgegebene Devise: »Die Querdenker radikalisieren sich.« Dabei geht und ging von den Teilnehmern der zahlreichen Demos für Freiheit und Selbstbestimmung und gegen sinnlose Maßnahmen keine Gewalt aus. Von der sinnlosen Brutalität der Polizeibeamten gegenüber diesen Menschen ist in den öffentlich-rechtlichen Sendern keine Rede. Ganz anders aber bei den Demos der Klima-Retter. Der Journalist Martin Lejeune stellte sich mir in Köln vor, er ist in der Gegend, da er aus Lützerath berichten will. Er erzählt, dass die Klima-Demonstranten in aller Ruhe eine Art Schutzwall aufbauen können, sogar eine Gasflasche wird in eine Straße einbetoniert.

VIS COMPULSIVA: EIN VERHALTEN WIRD AUFGEZWUNGEN

Bereits bei den Klima-Klebern von der »Letzten Generation« fiel mir auf: Bereitwillig treten Polizisten zur Seite, damit noch ein Bild oder Interview gemacht werden kann. So auch in Lützerath: Polizeibeamte nehmen eine kichernde Greta Thunberg fest, sie fahren andere Demonstrantinnen auf dem Bollerwagen weg, die dabei ihre Schilder in die Kameras der Fotografen halten können.

Im Fernsehen eine »Sondersendung« bei Anne Will. Als Gäste sind vier Grüne eingeladen und der NRW-Innenminister ist zugeschaltet, der Vorwurf lautet: schlimme Polizeigewalt gegen die Klima-*Kids*. Dabei sind die Aussagen nicht haltbar, wie sich später eindeutig herausstellt. Immer wieder wird betont, es handele sich um absolut friedliche Klima-Proteste, ohne Gewalt. Dabei sind die Nötigungen gegenüber Autofahrern nach Paragraph 240 des Strafgesetzbuches (StGB) rechtlich selbstverständlich als Gewalttaten einzustufen, es handelt sich dabei um eine Form der psychischen Gewalt, wie wir seit dem Laepple-Urteil wissen.

Nach Paragraph 240 StGB wird bestraft, wer einen Menschen rechtswidrig mit Gewalt oder durch Drohung mit einem empfindlichen Übel zu einer Handlung, Duldung oder Unterlassung nötigt. Einigkeit besteht darin, dass Gewalt in zwei Formen angewendet werden kann: als vis absoluta (dabei wird dem Opfer durch körperliche Einwirkung die Willensbildung oder seine Betätigung unmöglich gemacht) und als vis compulsiva (dabei wird dem Opfer ein bestimmtes Verhalten aufgezwungen). Der Bundesgerichtshof entfernte sich beim Laepple-Urteil von der Erfordernis physisch wirkenden Zwangs beim Opfer. Vielmehr nötige auch derjenige mit Gewalt, der psychischen Zwang ausübt. Laepple hatte sich als Protest gegen zu hohe Ticketpreise vor eine Straßenbahn gesetzt, seitdem ist auch die vis compulsiva als Gewalt anerkannt. In den Altmedien hören wir davon aber nichts, stattdessen wird ständig das unwahre Credo vom friedlichen zivilen Ungehorsam der Klima-*Kids* wiederholt.

Wo war eigentlich Anne Will, als Polizisten den Corona-Demonstranten in Berlin die Knochen brachen, hatte sie da mal wieder Sendepause zugunsten einer »Tatort«-Doppelfolge? Die Devise der *Mainstream*-Medien: »Wir berichten uns die Welt, wie sie uns gefällt, und wenn es uns nicht gefällt, berichten wir eben gar nicht. Aber bitte nennt uns nicht Lückenpresse, dann werden wir böse.«



Gordon Pankalla ist Demokrat und Rechtsanwalt in der Stadt Köln.



DER VERFASSUNGSSCHUTZ UND DAS GRUNDGESETZ

KOLUMNE RECHTSSTAAT
von Prof. Dr. Martin Schwab

Im Frühjahr 2021 erfand der Verfassungsschutz des Bundes den Phänomenbereich »Verfassungsschutzrelevante Delegitimierung des Staates«. Im Verfassungsschutzbericht 2021 (im Folgenden: Bund VB 21) geht die Behörde ab S. 111 auf diesen Phänomenbereich ein.

Der Verfassungsschutz NRW legte im Mai 2021 einen »Sonderbericht zu Verschwörungsmythen und ›Corona-Leugnern‹« (im Folgenden: SB NRW 21) und im Jahr 2022 einen »Sonderbericht zu Verschwörungsmythen und ›Corona-Protestlern‹« (im Folgenden: SB NRW 22) vor. Alle drei Dokumente enthalten einen gravierenden Angriff auf die freiheitlich-demokratische Grundordnung. Wenn es z. B. in Bund VB 21 (S. 112) heißt, die »Delegitimierung des Staates« äußere sich darin, dass die Repräsentanten und Institutionen des Staates verächtlich gemacht würden, zeigt sich ein Rückfall in absolutistisches Gedankengut. Der französische König Ludwig XIV. sprach einst aus: »Der Staat bin ich«. Die Person des Königs und das Amt des Königs waren eins. Heute trennen wir demgegenüber längst zwischen den Institutionen und den Personen, die für sie handeln. Man kann und darf an die Institutionen glauben und gleichzeitig die Personen, die für sie handeln, ablehnen und für ihren Rücktritt, ihre Abwahl oder ihre Nicht-Wiederwahl werben. Genau darin verwirklicht sich Demokratie. Der Diskurs darf auch mit scharfer Zunge geführt werden. Justitiable Grenzen werden erst mit beleidigender Schmähkritik überschritten.

Die drei oben zitierten Berichte sind durchweg dadurch charakterisiert, dass den Personen, die unter dem Gesichtspunkt »Delegitimierung des Staates« inkriminiert werden, genau die Vorwürfe gemacht werden, die man in Wirklichkeit mit Fug und Recht gegen die Regierenden und gegen die Konzernmedien erheben kann: Verrohung des Diskurses (z. B. SB NRW 21, S. 90), verbal-aggressives Verhalten (SB NRW 22, S. 16), Aufbau von Feindbildern (SB NRW 22, S. 33), Einschüchterung des politischen Gegners (z. B. Bund VB 21, S. 117) und Desinformation (z. B. SB NRW 22, S. 9, wo gar von »Desinformationen über mögliche Impfschäden« die Rede ist). Kein Wort über die Unzahl an abstoßenden verbalen Entgleisungen der *Lockdown*- und Impfzwang-Apologeten. Kein Wort über willkürliche behördliche und gerichtliche Verfolgung von Maßnahmenkritikern, insbesondere von kritischen Ärzten. Die Gewaltphantasien in einigen *Telegram-Posts*, die in SB NRW 21 wiedergegeben und der Protestbewegung zugerechnet werden, werden ohne nachprüfbare Angaben zitiert: Weder der jeweilige Kanal noch der Autor des jeweiligen *Posts* werden genannt. Damit wird es dem Leser unmöglich gemacht, nachzuprüfen, ob hier regierungsnahe Akteure am Werk waren, um die Protestbewegung zu unterwandern. In Wirklichkeit dienen die Aktivitäten des Verfassungsschutzes der Delegitimierung der Opposition. Ohne Opposition kann es aber keine Demokratie geben.

Leuchtturm ARD - ORF - SRG

AACHEN: Donnerstag ab 16 • WDR Studio • Karmeliterstraße 1-3
AMBERG: Donnerstag ab 17 • Amberger Zeitung • Mühlgasse 2
AUGSBURG: Samstag 15.30 • Augsburger Allg. • Maximilianstr. 3
BADEN-BADEN: Donnerstag ab 13 • Badener Tagblatt • Wilhelmstr./Langestr.
BERLIN: Donnerstag ab 18 • RBB Studio • Masurenallee
CHEMNITZ: Montag ab 18 • MDR Sachsenspiegel • Carolastr. 4-6
DORNBIRN: Donnerstag ab 14 • ORF Vorarlberg • Rundfunkplatz 1
FRANKFURT: Donnerstag ab 15 • HR Studio • Bertramstr. 8
FÜSSEN: Freitag ab 15 • Allgäuer Zeitung • Kaiser-Max-Platz 3
GAUTING: Montag ab 18 • SZ Starnberg • Bahnhofstr. 7
HAMBURG: Donnerstag ab 17 • NDR Studio • Rothenbaumchaussee 132
KEMPTEN: Donnerstag 17.40 • BR Rundfunk • Siegmund-Ullmann-Platz
KIEL: Mittwoch 16.30 • NDR Studio • Schlossplatz 3
KÖLN: Donnerstag ab 17 • WDR Studio • Appellhofplatz 1
LANDAU: Donnerstag 15.30 • Rheinpfalz • Ostbahnstr. 12
LANDSBERG: Montag ab 18 • Landsberger Tagblatt • Hauptplatz
LANDSHUT: Donnerstag ab 16 • BR Studio • Altstadt 75
LÜBECK: Montag 17.45 • NDR Media • Docks Behnkai
Mainz: Donnerstag ab 16 • ZDF Studio • ZDF-Str. 1
MAINZ: Donnerstag 15.15 • SWR Studio • Am Fort Gonsenheim
MÜNCHEN: Mittwoch 18.45 • BR Hochhaus • Hopfenstr. 5
MÜNCHEN: Mittwoch 18.45 • Münchner Merkur • Paul-Heyse-Str. 2-4
NÜ-FEUCHT: Montag 18.45 • Demozug • Altdorfer Str.
POTSDAM: Donnerstag ab 18 • RBB Studio • Marlene-Dietrich-Allee 20
PRIEN: Montag 18.30 • OVB Chiemgau • Rathausplatz
SAARBRÜCKEN: Mittwoch ab 16 • SR Saarland • St Johanner Markt
SCHWERIN: Donnerstag ab 15 • NDR Landesstudio • Schlossgartenallee 61
SIEGEN: Donnerstag ab 17 • WDR Studio • Am Bahnhof 9
WIESBADEN: Donnerstag 15.30 • Wiesb. Kurier • Langgasse 21
WÜRZBURG: Donnerstag ab 15 • Bürgerdialog • Domplatz

IMMER MONTAGS!

ASCHHEIM, 18 Uhr, am Rathaus – AU IN DER HALLERTAU, 18 Uhr, am Rathaus – BAD BOLL, 18 Uhr, am Rathaus – BERLIN-KARLSHORST, 18:30 Uhr, Treskowalle Apotheke – BERLIN-LICHTENBERG, 18 Uhr, am Ringcenter 2 – CASTROP RAUXEL, 18.30 Uhr, am Reiterbrunnen – CRIMMITSCHAU, 18 Uhr, am Markt – DENKENDORF, 18 Uhr, am Rathaus –DINSLAKEN, 19 Uhr, am Rathaus – ECHTERDINGEN, 18 Uhr, am Rathaus ECKENTAL, 18 Uhr, am Rathaus – EISLEBEN, 18 Uhr, am Marktplatz – FEUCHTWANGEN, 18 Uhr, am Kirchplatz – FRANKENBERG, 19 Uhr, am Markt – GADEBUSCH, 18 Uhr, am Markt – GAILDORF, 18:30 Uhr, am Rathaus – HAIGERLOCH, 18 Uhr, am Rathaus – HARTENSTEIN, 19 Uhr, am Markt – ILLINGEN, 18 Uhr, am Rathaus – JAGSTHAUSEN, 18 Uhr, am Rathaus – JENA, 19 Uhr, Holzmarkt – KÖNINGSWINTER, 18 Uhr, am Rathaus – KRONSHAGEN, 18 Uhr, am Rathaus – LAICHINGEN, 19 Uhr, am Marktplatz – LÖWENSTEIN, 18 Uhr, am Rathaus – MAGDALA, 18 Uhr, am Rathaus – MEERSBURG, 18 Uhr, am Rathaus – NAILA, 18:30 Uhr, am Rathaus – NETPHEN, 18 Uhr – Marktplatz – OBERAMMERGAU, 19 Uhr, am Rathaus – OCHSENHAUSEN, 18 Uhr, am Rathaus – PLAU AM SEE, 18 Uhr, am Rathaus – RITTERHUDE, 18 Uhr, am Rathaus – SIEGENBURG, 18 Uhr, am Marktplatz – Zweibrücken, 18 Uhr, am Rathaus.

DEMOTERMINE DER VERFASSUNGSBEWEGUNG

Senden Sie uns die Termine Ihrer Veranstaltung an: veranstaltung@demokratischerwiderstand.de

Datum/Uhrzeit	Ort	Art
Sa, 28.1.2023 17-20 Uhr	Augsburg, Ladehofstraße	Umzug
Sa, 28.1.2023 13-16.50 Uhr	Berlin, Bundesallee/Ecke Waghäuseler Str.	Autokorso
Sa, 28.1.2023 13-18 Uhr	Berlin, Ernst-Thälmann-Denkmal	Demo
Sa, 28.1.2023-2.2.2023 Rund um die Uhr	Berlin, im Domgarten/Museumsinsel/Friedrichsbrücke	Friedenscamp
Sa, 28.1.2023 15-18 Uhr	Bochum, Dr.-Ruer-Platz	Umzug und Kundgebung
Sa, 28.1.2023 11-14 Uhr	Celle, Neumarkt	Umzug und Kundgebung
Sa, 28.1.2023 14-19 Uhr	Düsseldorf, Johannes-Rau-Platz	Demo und Aufzug
Sa, 28.1.2023 14-19 Uhr	Düsseldorf, Schadowplatz	Demo und Aufzug
Sa, 28.1.2023 15-18 Uhr	Eberbach, Leopoldsplatz	Zusammenkunft
Sa, 28.1.2023 14-17 Uhr	Freiburg im Breisgau, Platz der Alten Synagoge	Demoaufzug
Sa, 28.1.2023 15-16 Uhr	Hamburg, rund um die Binnenalster	Spaziergang
Sa, 28.1.2023 14:30-18 Uhr	Heidelberg, Neckarwiese Höhe Keplerstraße	Aufzug
Sa, 28.1.2023 15:30-18 Uhr	Kassel, Königsplatz	Demo
Sa, 28.1.2023 15-17 Uhr	Krumbach (Schwaben), Stadtgarten	Spaziergang
Sa, 28.1.2023 16-19 Uhr	Salzwedel, Rathausturmplatz	Spaziergang
So, 29.1.2023 18-20 Uhr	Falkensee, Alte Stadthalle	Gottesdienst
So, 29.1.2023 14:30-17 Uhr	Köln, Heumarkt	Kundgebung
Mo, 30.1.2023 19-20:30 Uhr	Aachen, Rathaus Markt	Spaziergang
Mo, 30.1.2023 18-20 Uhr	Anger/Oberbayern, Dorfplatz	Spaziergang
Mo, 30.1.2023 18-20 Uhr	Augsburg, wechselnde Startpunkte (bf-schwaben.de)	Spaziergang
Mo, 30.1.2023 18-20 Uhr	Bad Bergzabern, am Schloss	Spaziergang
Mo, 30.1.2023 18-20 Uhr	Bad Honnef/NRW, Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 30.1.2023 18-20 Uhr	Bad Reichenhall, am Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 30.1.2023 19-20:30 Uhr	Bayern, Marktoberdorf am Marktplatz	Spaziergang
Mo, 30.1.2023 19-21 Uhr	Belgern/Sachsen, Markt	Spaziergang
Mo, 30.1.2023 18:30-21 Uhr	Berlin-Karlshorst, Treskow Apotheke	Spaziergang
Mo, 30.1.2023 18-20 Uhr	Berlin-Lichtenberg, Frankfurter Allee- am Ringcenter II	Spaziergang
Mo, 30.1.2023 12-14 Uhr	Berlin-Wedding, Nordufer 20	Mahnwache
Mo, 30.1.2023 18:30-21 Uhr	Brackenheim (Ba-Wü), Heilbronner/Bandhausstr.	Aufzug mit Abschlusskundgebung
Mo, 30.1.2023 19-21 Uhr	Cottbus, Oberkirche	Lichterspaziergang
Mo, 30.1.2023 17-20 Uhr	Darmstadt, Ludwigsplatz	Mahnwache
Mo, 30.1.2023 19-21 Uhr	Dinslaken, am Rittertor	Spaziergang
Mo, 30.1.2023 18-21 Uhr	Delmenhorst, Kiosk an der Graft	Spaziergang
Mo, 30.1.2023 18-21 Uhr	Duisburg, Rathaus am Burgplatz	Spaziergang
Mo, 30.1.2023 18-20 Uhr	Eberswalde, Marktplatz	Kundgebung
Mo, 30.1.2023 18:30-19 Uhr	Eichwalde, Bahnhofstr./Am Graben	Spaziergang
Mo, 30.1.2023 18-20 Uhr	Eisenhüttenstadt, Friedrich-Wolf-Theater	Spaziergang
Mo, 30.1.2023 18-20 Uhr	Falkensee, alte Stadthalle	Spaziergang
Mo, 30.1.2023 18-20:30 Uhr	Frankfurt am Main, Konstablerwache	Spaziergang
Mo, 30.1.2023 18:30-21 Uhr	Gifhorn, Schillerplatz	Spaziergang
Mo, 30.1.2023 18:30-21 Uhr	Görlitz, Postplatz	Versammlung
Mo, 30.1.2023 19-21 Uhr	Greifswald, Mühlentor	Demo
Mo, 30.1.2023 19-21 Uhr	Hamburg, Blankeneser Marktplatz	Spaziergang
Mo, 30.1.2023 18-21 Uhr	Hamburg, Bergstedter Markt	Spaziergang
Mo, 30.1.2023 18-20 Uhr	Hameln, am Hochzeitshaus	Spaziergang
Mo, 30.1.2023 18:30-20 Uhr	Heidelberg, am Bismarckdenkmal	Spaziergang
Mo, 30.1.2023 19-21 Uhr	Hennef/Sieg, Rathaus	Spaziergang
Mo, 30.1.2023 18-19:30 Uhr	Jülich, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 30.1.2023 18:30-20:30 Uhr	Kaiserslautern, Innenstadt	Spaziergang
Mo, 30.1.2023 18-21 Uhr	Kaufungen, am Kreisel	Spaziergang
Mo, 30.1.2023 18-20 Uhr	Konstanz, Augustinerplatz	Spaziergang
Mo, 30.1.2023 18-20 Uhr	Konstanz, Münsterplatz	Demoaufzug
Mo, 30.1.2023 18-20 Uhr	Korschenbroich, Eingang Stadtverwaltung	Spaziergang
Mo, 30.1.2023 18-21 Uhr	Köln, Roncalliplatz	Spaziergang
Mo, 30.1.2023 18-20 Uhr	Königs Wusterhausen, Kirchplatz	Spaziergang
Mo, 30.1.2023 18-20 Uhr	Landshut, Ländertorplatz	Spaziergang
Mo, 30.1.2023 18-21 Uhr	Leer/Ostfriesland, Denkmalsplatz	Spaziergang
Mo, 30.1.2023 19-21 Uhr	Lippstadt, Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 30.1.2023 18-21 Uhr	Magdeburg, Domplatz	Demo
Mo, 30.1.2023 18-20 Uhr	Mannheim, Ehrenhof des Schlosses	Spaziergang
Mo, 30.1.2023 18-20 Uhr	Marbach am Neckar, Schillerdenkmal	Spaziergang
Mo, 30.1.2023 18-20 Uhr	March/Breisgau, Bürgerhaus	Spaziergang
Mo, 30.1.2023 18:30-21 Uhr	Mindelheim, Maximilian Straße 26	Spaziergang
Mo, 30.1.2023 19-20:30 Uhr	Naumburg, Vogelwiese	Spaziergang
Mo, 30.1.2023 19-21 Uhr	Norderstedt, Kino Spektrum	Spaziergang
Mo, 30.1.2023 18:30-20:30 Uhr	Nürnberg, Kornmarkt	Spaziergang
Mo, 30.1.2023 18-20 Uhr	Oldenburg, Rathausmarkt	Spaziergang
Mo, 30.1.2023 18-20 Uhr	Oranienburg, Schloßplatz	Kundgebung
Mo, 30.1.2023 18-20 Uhr	Pforzheim, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 30.1.2023 18-20 Uhr	Potsdam, vor dem Filmmuseum	Mahnwache
Mo, 30.1.2023 19-21 Uhr	Prien am Chiemsee, vor dem Rathaus	Spaziergang
Mo, 30.1.2023 18-21 Uhr	Reinheim, Stadtpark	Spaziergang
Mo, 30.1.2023 16:30-17:15 Uhr	Rostock, Stadthafen	Schildermahnwache
Mo, 30.1.2023 18-20 Uhr	Rotenburg (Wümme), Neuer Markt	Spaziergang
Mo, 30.1.2023 18-20 Uhr	Rottweil, Markt	Spaziergang
Mo, 30.1.2023 18-20 Uhr	Salzwedel, am Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 30.1.2023 19-21 Uhr	Sauerlach/Bayern, Markt	Spaziergang
Mo, 30.1.2023 18-20 Uhr	Seeheim-Jungenheim, Rathaus	Demo
Mo, 30.1.2023 18-21 Uhr	Senftenberg, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 30.1.2023 18-20 Uhr	Siegen, Jakob- Scheiner-Platz	Spaziergang
Mo, 30.1.2023 18:45-20:15 Uhr	Solingen, Am Neumarkt	Spaziergang
Mo, 30.1.2023 17-19 Uhr	Stadthagen, Marktplatz	Montagsdemo
Mo, 30.1.2023 18-21 Uhr	Stralsund, Olof-Palme-Platz	Kundgebung und Aufzug
Mo, 30.1.2023 18-19 Uhr	Sulz am Neckar, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 30.1.2023 18-20 Uhr	Tettnang beim Bodensee, Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 30.1.2023 18-20 Uhr	Vaterstetten in Oberbayern, Rathaus	Spaziergang
Mo, 30.1.2023 18:30-21 Uhr	Villingen-Schwenningen, Am Alten Rathaus	Spaziergang
Mo, 30.1.2023 18:30-20:30 Uhr	Walsrode/ Heidekreis, Rathaus	Spaziergang
Mo, 30.1.2023 18-21 Uhr	Wesseling/NRW, Sankt Germanus Kirche	Demo
Mo, 30.1.2023 18-20 Uhr	Wismar, Markt	Versammlung
Mo, 30.1.2023 19-21:30 Uhr	Zehdenick (Brandenburg), Marktplatz	Demo und Kundgebung
Di, 31.1.2023 18-21 Uhr	Bernau bei Berlin, Rathaus	Spaziergang
Di, 31.1.2023 18-21 Uhr	Ettlingen, Huttenkreuzstr.-Dickhäuterplatz gegenüber von Real	Aufzug und Kundgebung
Di, 31.1.2023 18-20 Uhr	Ortenberg/Hessen, Marktplatz	Spaziergang
Di, 31.1.2023 18-20 Uhr	Varel, Rathaus	Spaziergang
Di, 31.1.2023 19-21 Uhr	Wesel am Niederrhein, Martinistraße 6-8	Spaziergang
Di, 31.1.2023 19-21 Uhr	Wolgast, Am Kai	Demoaufzug
Mi, 1.2.2023 19-21 Uhr	Geisa, Am Kulturhaus	Spaziergang
Mi, 1.2.2023 18-20 Uhr	Heidelberg, Schwanenteichanlage	Demo
Mi, 1.2.2023 17-19 Uhr	Landshut, Martinskirche	Andacht
Mi, 1.2.2023 19-21 Uhr	Mehrhoog/NRW, Begegnungsstätte	Demo
Mi, 1.2.2023 18-21 Uhr	München, Odeonsplatz	Umzug
Mi, 1.2.2023 19-21 Uhr	Naumburg (Saale), Vogelwiese	Offenes Mikrofon
Mi, 1.2.2023 18-19:30 Uhr	Neckarsulm, Felix-Wankel-Straße/Marktstraße	Treffen
Mi, 1.2.2023 19-20:30 Uhr	Neckartailfingen, Schulhof Liebenauschule	Spaziergang
Mi, 1.2.2023 19-20:30 Uhr	Schulzendorf, Rathaus (Richard-Israel-Str.)	Spaziergang
Do, 2.2.2023 18-21 Uhr	Baunatal, am Marktplatz	Spaziergang
Do, 2.2.2023 17:30-18:30 Uhr	Berlin, Tempelhofer Damm/ Ecke M.-v.-Richthofen-Str.	Schilderdemo
Do, 2.2.2023 18-21 Uhr	Demmin, Am Marienhain	Demo
Do, 2.2.2023 17:30-19 Uhr	Hanau, Großauheim, Rochusplatz	Mahnwache
Do, 2.2.2023 19-21 Uhr	Hennef/Sieg, Rathaus	Spaziergang
Do, 2.2.2023 18:30-21 Uhr	Landsberg/Saalekreis, Markt	Spaziergang
Do, 2.2.2023 17-18:30 Uhr	Rostock, Brunnnen der Lebensfreude	Kundgebung
Do, 2.2.2023 19-21 Uhr	Warstein, am Rathausplatz auf der Treppe	Dialog
Fr, 3.2.2023 18-20 Uhr	Raesfeld/NRW, Rathausplatz	Demo
Sa, 4.2.2023 17-20 Uhr	Augsburg, Ladehofstraße	Umzug
Sa, 4.2.2023 15-19 Uhr	Düsseldorf, Johannes-Rau-Platz	Demo und Umzug
Sa, 4.2.2023 15-18 Uhr	Eberbach, Leopoldsplatz	Zusammenkunft
Sa, 4.2.2023 13-18 Uhr	Emden, Hafentorplatz	Grundrechtsdemo
Sa, 4.2.2023 18-20 Uhr	Kirchen (Sieg), Rathaus	Spaziergang
Sa, 4.2.2023 15:15-17 Uhr	Krumbach (Schwaben), Stadtgarten	Spaziergang
Sa, 4.2.2023 15:30-18 Uhr	Pforzheim, Marktplatz	Demo
Sa, 4.2.2023 15-17 Uhr	Rostock, Rosengarten	Kundgebung und Aufzug
So, 5.2.2023 14-19 Uhr	Solingen, Graf-Wilhelm-Platz	Demo und Aufzug
Mi, 8.2.2023 18:30-21 Uhr	Huckarde, am Marktplatz	Spaziergang
Sa, 18.2.2023 14-18 Uhr	Berlin, Alexanderstraße 1	FRIEDENSDEMO
So, 19.2.2023 16-20 Uhr	München, Tizianstraße 18,	Konzertabend
Sa, 25.3.2023 15-:30-19 Uhr	Berlin, Rosa-Luxenburg-Platz	JUBILÄUMSDEMO
Sa, 1.4.2023 13-18 Uhr	Göttingen, Bahnhofsplatz	Kundgebung

Veranstaltungstermine bitte an die E-Mailadresse *veranstaltung@demokratischerwiderstand.de* senden.
Aktuelle Informationen: https://nichtohneuns.de + NEWSLETTER ABONNIEREN



WAS WÜRDEN WOHL MEINE ELTERN SAGEN?

KOLUMNE FREUND UND HELFER

Von Arvid Kappelt

Ab Ende der 60er-Jahre begingen wir den Jahreswechsel stets mit Knall- und Feuerwerkskörpern. Zum Einsatz kamen zum Beispiel Pfennigschwärmer, Knallfrösche und kleine Chinakracher. Meine Großeltern blieben Silvester immer alleine. Offenbar war ihnen das alles zuwider. Hinzu kam, dass sie Geld nur für die wichtigen Dinge des Lebens ausgaben. Nein, geizig waren sie gewiss nicht, aber immer darauf bedacht, genügend Reserven zu haben.

Die Kriege und Krisen, die sie erlebten, waren verbunden mit Hunger, Elend, Besitzlosigkeit, Krankheit, Ängsten, Traumatisierungen. Das alles hat sie sehr geprägt. Ich frage mich, wie meine Eltern und Großeltern – würden sie heute noch leben – das vergangene Silvestergeschehen in den deutschen Städten und insbesondere in den ihnen vertrauten Berliner Bezirken Kreuzberg und Neukölln kommentieren würden? Was würden sie wohl zu den Bildern des ungezügelten und lang andauernden Abfackelns von Feuerwerkskörpern und des Schießens mit Schreckschusswaffen sagen? Was würden sie zu den bewussten Inbrandsetzungen von Mülltonnen, Autos, Bussen sowie der Inkaufnahme, dass auch Wohnungen in Brand geraten hätten können, anmerken? Was ginge bei Vater, Mutter sowie den beiden Omas und Opas angesichts des dokumentierten Willens zur Verwüstung, den Angriffen auf Rettungskräfte sowie das Aufbrechen und Plündern von Feuerwehrfahrzeugen – alles offensichtlich freudvoll von den jungen Männern ausgeführt – vor?

FÜR
KARL HILZ!

In den Tagen nach dem vergangenen Jahreswechsel waren die Ausschreitungen in den Medien das bestimmende Thema. Viele Diskussionsrunden, Expertengespräche, Kommentierungen, Befragungen waren größtenteils Plattformen von Phrasen im gehobenen Sprachniveau. Zudem waren meist bekannte Erklärungsrituale zu vernehmen. Tja, die Toleranz wächst eben mit dem Abstand zum Problem. Erträglich erschienen mir vielfach nur die Sprechpausen. Brachte eigentlich jemand Empathie für die vielen Verletzten und Opfer der Beschädigungen auf?

Welche Entwicklung wird eine Gesellschaft nehmen, in der Bevölkerungsteile mit einem hohen Spaßfaktor eine derartige auf das Gemeinwesen gerichtete Zerstörungskraft entfalten? Befinden wir uns in einer Spirale der kulturellen Verwahrlosung, in der ein nichtiger Anlass für neue Gewaltexzesse ausreicht?

Weitere Informationen über Polizisten für Aufklärung e.V.: *echte-polizisten.de*

ZUM ABSCHIED LEISE SERVUS

Der legendäre Polizist aus Siegen, der sich in Berlin demonstrativ der Demokratiebewegung Querdenken anschloss, veröffentlicht seine Erklärung. | Bericht von Sophia-Maria Antonulas

Kann das sein? Ist der echt? Oder war da einer im Kostümverleih? Das fragten sich damals viele, als am 28. August 2021 ein Polizeibeamter in Uniform an einer Demonstration in Berlin teilnahm. Er trug ein Schild, auf dem geschrieben stand: »Beim Faschismus mache ich nicht mit!!!«

Die Polizei trat während der Corona-Inszenierung bei Demonstrationen vor allem mit aggressiven Einsatzhundertschaften auf, ging mit Wasserwerfern gegen das Volk vor, jagte mit dem Dienstfahrzeug Jugendliche im Park oder schleuderte Frauen gegen Hausmauern. Die Menschen, die seit März 2020 in Deutschland auf die Straße gehen, um auf ihre Grundrechte und auf Demokratie zu bestehen, mussten übermäßige Polizeigewalt ertragen. Daher war aufseiten der Demokratiebewegung die Erleichterung groß, als sich endlich ein Polizist in Uniform den Demonstranten anschloss. Klar, dass Berliner Polizeibeamte damals im August ihren Kollegen in Gewahrsam nahmen.



Der spätere Preisträger der Republik in Uniform mit Demonstrantin und seinem Schild mit der Aufschrift »Beim Faschismus mache ich nicht mit«. Fotoauschnitt aus dem Video mit dem Titel »Demo-Polizist sagt zum Abschied leise Servus! Ein Abschlusszeugnis in äußerst seltsamen Zeiten« auf dem *YouTube*-Kanal »B.Kanal«.

ZUM ABSCHLUSS EINES LEBENSABSCHNITTS

Jetzt verabschiedet sich Claudius mit einem Video (youtu.be/YavO95egUCc) von der Polizei. Darin erklärt er, dass er erst dadurch, dass die Berliner Kollegen ihn über eine Stunde lang festhielten, so viel Aufmerksamkeit bekommen habe, was gar nicht seine Absicht gewesen sei. Genau zehn Tage nach seiner Teilnahme an dieser Demonstration, an seinem Geburtstag und zehnten Dienstjubiläum, wurde er suspendiert. »Und das bin ich bis heute.« Der Polizist schildert, was ihn dazu brachte, sich nach so vielen Jahren bei der Polizei kritisch in die Öffentlichkeit zu wagen. »Nach drei Monaten war die Erkenntnislage für jedermann zugänglich, dass all die Verbote nicht zu rechtfertigen waren.« Anfangs habe er sich vertröstet, dass die scheinbare Mehrheit das akzeptiere und die Polizei diese willkürlichen Regeln durchsetzen müsse. Doch dann konnte er »mit eigenen Augen sehen, wie Menschen vereinsamt verstorben sind, wie sich Menschen umgebracht haben aus Perspektivlosigkeit. Wie Menschen aus bitterlicher Angst vereinsamten.« All das wollte er nicht mehr akzeptieren. Und als dann klar war, dass Menschen ausgeschlossen werden, weil sie sich einer medizinischen Behandlung nicht unterziehen wollten, wusste Claudius, dass er nichts mehr zu verlieren hatte, »weil das, was sich hier offen zeigt, ja nichts ist, bei dem ich in irgendeiner Weise mitmachen möchte«.

»Die letzten Wochen und Monate habe ich vergeblich versucht, vor dem zu fliehen, was ich mir ursprünglich vorgenommen hatte: Zum Abschluss leise aber doch öffentlich einmal Tschüss zu sagen«, schreibt Claudius in der Video-Einleitung. »Hiermit finde ich nun meinen Abschluss von diesen ganzen Ereignissen und auch einem Abschnitt meines Lebens, an den ich durchaus weiterhin auch mit Freude zurückdenken werde. Besonders an all die herzlichen und liebevollen Menschen, die einfach versuchen, im Rahmen ihrer Möglichkeiten anderen Menschen zu helfen und für sie da zu sein.«



Sophia-Maria Antonulas ist freie Journalistin in Stockholm und DW-Co-Herausgeberin.

Amtsgericht Stuttgart tauscht Haftrichter aus

Die Bürgerrechtsbewegung Querdenken ruft zur Unterstützung Michael Ballwegs auf

Er wird seit 29. Juni 2022 vom BRD-Regime in Folterhaft im Gefängnis von Stammheim gehalten: Der Demokrat, Volksheld – und Erfinder des »Freedom Phones« ohne serienmäßig eingebaute Überwachung – Michael Ballweg. Am Mittwochabend veröffentlicht dessen Verteidigerteam um Dr. jur. Alexander Christ folgende Erklärung:



Straßenplakat für Michael Ballweg auf der Straße des 17. Juni, Berlin. Foto: michael-ballweg.de

»Stuttgart, 25. Januar 2023. Nachdem das Verteidigerteam des Querdenkengründers Michael Ballweg mehrere Befangenheitsanträge und eine Strafanzeige wegen Rechtsbeugung gegen den zuständigen Haftrichter am Amtsgericht vorgebracht hat, reagiert das Amtsgericht Stuttgart: Zum 1. Februar 2023 scheidet der abgelehnte Amtsrichter aus der Haft- und Ermittlungsabteilung aus. Aufgrund bestehenden Resturlaubs ist er ab sofort nicht mehr für Michael Ballweg zuständig.

Seit mehreren Wochen beklagt das Verteidigerteam des Querdenkengründers, das mangelnde rechtliche Gehör durch die zuständigen Gerichte in dessen Haftsache. Michael Ballweg wurde am 29. Juni 2022 wegen angeblichen gewerbsmäßigen Betrugs in Haft genommen. Inzwischen lautet der Vorwurf nur noch auf versuchten gewerbsmäßigen Betrug. Staatsanwaltschaft und Gerichte haben weder einen Geschädigten noch einen Schaden ermittelt. Das Gesetz sieht Untersuchungshaft von mehr als sechs Monaten nur in wenigen Ausnahmefällen vor.

FOLTERHAFT WEGEN ERFUNDENER VORWÜRFE

Obwohl sich die Vorwürfe gegen Michael Ballweg bisher als haltlos erwiesen haben und sämtliche Ermittlungen Ergebnisse zu seinen Gunsten erbringen, wird er weiterhin festgehalten. Über eine Haftentlassung unter Auflagen, wie Meldepflicht, Passhinterlegung oder Kaution, sind die Gerichte nicht einmal bereit zu diskutieren. »Aus unserer Sicht ein völlig ungewöhnliches Verhalten«, so Rechtsanwalt Dr. Alexander Christ, Sprecher des Verteidigerteams.

Noch gravierender war das Verhandlungsverhalten des jetzt ausgeschiedenen Haftrichters. Dieser hatte am 29. November 2022 einen Haftverkündungstermin mitten im Vortrag von Ballweg abgebrochen und am 11. November 2022 zum Haftprüfungstermin einen Vortrag zu den Tatvorwürfen nicht einmal zugelassen und die Anhörung bereits nach 14 Minuten beendet.

Der plötzliche Wechsel des Amtsrichters deutet darauf hin, dass dise Justiz auch hier das Verhalten an den Tag legt, das der ehemalige Richter am Landgericht Stuttgart, Frank Fahsel, bereits am 9. April 2008 in der „Süddeutschen Zeitung“ kritisierte: „das System schützt sich vor einem *Outing* selbst“. Völlig unabhängig, wie man zu den politischen Aktivitäten der Querdenkenbewegung oder dessen Gründer steht, muss ein Verfahren, in dem die geringsten rechtsstaatlichen Standards nicht gewahrt sind, einer breiten Öffentlichkeit bekannt werden. Das Verteidigerteam ermuntert insofern alle Medien, hier investigativ tätig zu werden und die öffentlichen Äußerungen der beteiligten Gerichte mit den tatsächlichen Inhalten der Akte abzugleichen.

Michael Ballweg setzt sich seit fast drei Jahren für den Erhalt und die Geltung der Grundrechte auch in Krisenzeiten ein. Querdenken ist explizit eine friedliche Demokratiebewegung, die sich von Beginn an gegen jede Art von Extremismus, Gewalt und Antisemitismus ausgesprochen hat. Das Verteidigerteam hofft, dass Michael Ballweg nun zeitnah in einem rechtsstaatlichen Prozess ordnungsgemäß angehört wird. Aus Sicht der Verteidigung ist die logische Konsequenz einer solchen Anhörung dessen unverzügliche Freilassung aus der Untersuchungshaft.«



DIESE WOCHENZEITUNG

VERTEILEN, AUSLEGEN, VERKAUFEN

WARUM?

• Der »Demokratische Widerstand« erscheint wöchentlich seit dem 17. April 2020.

• Mit der gedruckten Zeitung erreichen wir Menschen, die sonst nur der Konzern- und Regierungspresse ausgeliefert sind.

• Verteilen Sie den Widerstand, halten Sie andere auf dem Laufenden und klären Sie auf: beim Spazierengehen, in Briefkästen, im Geschäft, im Betrieb, in der Fußgängerzone.

• Die Zeitung ist analog, somit auch von *Big Tech* unabhängig und unzensierbar.

• Nach dem Kollaps der Presse: Bauen wir gemeinsam eine neue Wochenzeitung in deutscher Sprache auf.

WIE KOMMEN SIE AN DIE ZEITUNGEN?

• Geben Sie doch einfach auf **demokratischerwiderstand.de/verteilen** die Adresse an, an die wir die Zeitungen liefern sollen. Wir geben Ihre Daten nicht weiter. Wenn Sie kein Internet nutzen, fragen Sie jemanden, dem Sie vertrauen, ob er das für Sie erledigen kann.

• Wählen Sie aus, wie viele Zeitungen Sie verteilen wollen. Nicht übertreiben.

• Überweisen Sie die anfallenden Unkosten für Druck, Versand und Steuern.

• Bei der Überweisung schreiben Sie in das Betreff-Feld noch einmal Ihren Namen und Ihre Anschrift, damit wir ihre Zahlung sicher zuordnen können.

• Jeder Zahlungseingang wird einer Bestellung zugeordnet.

• Zahlungseingänge werden bis einschließlich Montag für den Druck und Versand der kommenden Zeitung berücksichtigt. Spätere Eingänge werden automatisch der darauffolgenden Ausgabe zugeordnet.

• Beim Verteilen erhaltene Spenden gehen an den Verteiler. Bei größeren Summen freut sich die Redaktion über einen Anteil, der ihr zusteht. Hier bereichert sich niemand.

BESTANDS- AUFNAHME



DREIMAL ZEHN MINUTEN BESTANDSAUFNAHME #5.

- LEOPARD VERSUS »IM WESTEN NICHTS NEUES«
- PAUL-UN-EHRLICH-INSTITUT UND »IMPF«-OPFER
- PROPAGANDA ODER ARBEITSLOS?

Die Medienschaffenden Kayvan Soufi-Siavash (Ken Jebsen) und Anselm Lenz treffen sich wöchentlich zur Bestandsaufnahme. Verlinkt wird das Privatformat im befreundeten Presseportal *Apolut.net*, ein Auszug wird in der Wochenzeitung *Demokratischer Widerstand* abgedruckt.

K.S.S. (Zur Beseitigung des Kapitalismustribunals durch den Nato-Lobbyisten Ralf Fücks): Das Kapitalismustribunal war nicht abgekartet genug, es war gar nicht abgekartet. Aber weil Du gerade vom Theater sprichst. Ich erinnere mich daran, dass wir uns damals getroffen haben auf dem Rosa-Luxemburg-Platz. Die Parteizentrale der Linken steht an der Ecke. Hinter uns die Volksbühne, die Du als alter Theatermann ja viel besser kennst als ich. Die haben ja (nach Beginn der Demokratiebewegung am 28. März 2020 ebenda; red.) relativ schnell ihr Gebäude verhüllt mit dem Slogan »Wir sind nicht Eure Kulisse«...

A.L. (lacht): Doch, das seid Ihr! – Wir haben einfach erwidert: »Doch, das seid Ihr, Ihr seid ja sonst nichts«, denn es steckt ja nichts mehr drin, seitdem (Theatermacher) Frank Castorf dort rauskartätscht wurde – auch noch für diesen (Galeriemanager) Chris Dercon, um das beste Theater der Welt zu beenden. Die Leute kamen aus aller Welt, um einmal in die Volksbühne am Rosa-Luxemburg-Platz zu gehen, zusammen mit diesem jungen Publikum, dieser *Community*. Ein Sprechtheater, das auch noch ausgelastet und ausverkauft ist – europaweit einmalig. Das Medium Theater ist alt, aber das bewies: Da kann Leben in der Bude sein! Im Grunde müsste das Dein zweites Zuhause sein, Kayvan, zumindest der Rote Salon ... Jetzt hörte ich, am Deutschen Theater soll es eine Andeutung von Auseinandersetzung mit Greuelregime geben.

K.S.S.: Ich will dazu noch sagen, dass die Partei Die Linke einfach »Petra Taub« ist, weil sie die richtigen Leute rausschmeißt und den Rest systemkonform marschieren lässt, die dann dämliche hohle Phrasen von sich geben und uns erklären, das sei die neue Form des Marxismus. Die halten dann Marx für einen von den Marx Brothers ... Und daneben dieses Theater, das einmal sehr kritisch war, das (ab 28. März 2020) eigentlich hätte sagen müssen: »Das, was Ihr da draußen macht, das hätte uns einfallen müssen!« Aber das verstehen die überhaupt nicht, die sind zu doof... Du kannst Dich heute nicht mehr auf das *Label* verlassen – dass »Die Linke« Sozialpolitik betreibt, nicht darauf verlassen, dass die SPD überhaupt noch weiß, was ein Arbeiter ist – stattdessen Kriegskredite, die nennen sie »Sondervermögen«. Du kannst Dich nicht auf die Grünen verlassen, dass sie zumindest sagen, »Krieg geht nicht wegen Klimaschutz, außerdem werden in der Ukraine seltene Frösche bombardiert«. Nicht darauf verlassen, dass die CDU den Mittelstand beschützt, denn der wird gerade kaputt gemacht. (...) Und Du kannst Dich auf die Splitterparteien auch nicht verlassen, dass die sich zumindest mit jedem zusammensetzen, der gegen diese Regierung ist. Wenn wir diese Sendung hier machen, dann nicht, weil uns langweilig wäre, sondern weil wir den Leuten sagen wollen: Wenn wir weiter nur Zuschauerdemokratie sind, dann wird mit uns alles gemacht, was man mit uns machen kann.

Mehr Bestandsaufnahme *über Apolut.net* und *DemokratischerWiderstand.de/Presseklub*

»Jetzt geht das Ganze von vorne los«

Andreas Beck ist Unternehmer und einer der Initiatoren von »Chemnitz steht auf«

DW: Hat das Jahr gut begonnen?
Andreas Beck: Ja, wir sind viel auf der Straße, und die Ereignisse überschlagen sich. Wir unterstützen die Buchstabengruppe bei Querdenken Dresden – das sind die, die bei den Demonstrationen die Worte FREIHEIT oder FRIEDEN bilden –, waren zum Geburtstag von Michael Ballweg in Stuttgart und auch in München bei der Demonstration anlässlich der Sicherheitskonferenz. Dazu noch die Montagsspaziergänge und jetzt geht es gleich zu einer Demonstration gegen Panzerlieferungen.

DW: Sie sind Jahrgang 1955 und betreiben eine Fahrschule. Woher nehmen Sie den Antrieb, sich so für Demokratie einzusetzen? Was bringt Sie auf die Straße?
A.B.: Ich bin in der DDR geboren, habe 35 Jahre lang in einer Diktatur gelebt – wir fühlten uns '89 befreit und haben die vermeintliche Freiheit genossen. 2015 habe ich noch die Füße stillgehalten, mich deswegen auch mit meiner Partnerin gezankt, die das schon damals deutlicher gesehen hat. Aber ich wollte mein Leben leben, meine Freundschaften pflegen. Ich war immer beschäftigt – seit 32 Jahren bin ich selbständig. Doch als Besitzer einer Fahrschule betraf mich die Corona-Inszenierung sofort. Und die Gleichschaltung der Medien machte mich stutzig. Als Ossis sind wir auch diesbezüglich gebrannte Kinder. Ich merkte, jetzt geht das Ganze von vorne los, und wir rasen mit Affengeschwindigkeit in eine Diktatur.

DW: Kann man sagen, dass Sie der Gründer von »Chemnitz steht auf« sind?
A.B.: Das Organisations-Team von »Chemnitz steht auf« besteht tatsächlich aus zwölf Leuten. Stellen Sie mich bitte nicht so nach vorne. Ich habe mich einfach schon immer um Vernetzung gekümmert oder die Technik besorgt. Wir haben diese Bürgerbewegung im Herbst 2020 gegründet, da uns klar war, dass hier etwas passieren muss. Und am 5. Dezember desselben Jahres hatten wir in Chemnitz unsere erste Demonstration – die war klein, aber fein. Anfangs haben wir sehr vorsichtig agiert, weil das Rechts-Rechts-Nazi-Nazi-*Framing* in Chemnitz früher so gut geklappt hat. Die Bürgerbewegung Pro Chemnitz zum Beispiel wird seit Jahren in die rechte Ecke gestellt, obwohl die sogar im Stadtrat sitzen.



Andreas Beck (Mitte) bringt Menschen in Chemnitz zusammen. Foto: privat

DW: Wie viele Menschen kamen zur ersten Demonstration von »Chemnitz steht auf« und wie ging es weiter?
A.B.: Bei der ersten Veranstaltung waren wir 150 Teilnehmer. Das war das erste Mal in meinem Leben, dass ich vor Leuten gesprochen habe. Zu unserer Demonstration Anfang Februar 2021 kamen schon mehr als 2.000 Menschen. Das war damals die größte Demonstration in Deutschland, weil alle anderen verboten waren. Und Sie haben ja auch gesprochen.

DW: Ich erinnere mich noch gut an den herzlichen Empfang durch »Chemnitz steht auf« und die Wasserwerfer im Schneegestöber. Im März 2021 sollte es dann eine weitere Großdemo geben. Der *DW* berichtete, dass die von der Stadt verboten wurde, weil der Veranstalter nicht garantieren könne, dass sich nur 1.000 Demonstranten auf dem Gelände einfinden ...
A.B.: Der sächsische Ministerpräsident Michael Kretschmer war persönlich anwesend sowie 1.700 Polizisten, die jede Ansammlung sofort auflösten. Angeblich wurden spezielle Polizeitaktiken an uns getestet. Wir bekamen die volle Staatsmacht zu spüren, aber blieben so friedfertig wie immer. Die Polizei und die Stadtverwaltung wissen, dass sie mit uns arbeiten können, wir haben ein vernünftiges Verhältnis. Als »Chemnitz steht auf« sind wir stolz darauf, dass es auch unter den verschiedenen Gruppierungen, die seit fast drei Jahren in unserer Stadt demonstrieren, keine Diskrepanzen gibt. Wir haben es geschafft, alle unter ein Dach zu bringen, auch wenn sich manche anfangs uneins waren. Ob es nun Die Basis, die Freien Sachsen, die AfD oder eben unsere Initiative ist: Wir haben alle zu einer demokratischen Runde an einem Tisch vereint, um sich auszusprechen. Nun kennen wir einander, es gibt keine Spaltung mehr. Es dürfen auch alle Plakate, Meinungen, Fahnen und so weiter vertreten sein. Alle sind willkommen, solange es keine Radikalen sind. Wir sind einfach eine Bürgerbewegung, die eine Adresse, eine Anlaufstelle bietet. Wir sind das Volk, das auf die Straße geht.

DW: Und um welche Themen geht es dabei und wie viele kommen in Chemnitz zu den Montagsspaziergängen?
A.B.: Jetzt im Januar sind es so um die 1.200 und es waren an manchen Montagen auch schon 5.000 Teilnehmer. Es gibt eine LKW-Bühne, auf der Redner und auch Künstler auftreten. Die Themen sind Frieden, Verhandlungen statt Waffenlieferungen, Politikerhaftung, der Rücktritt von Michael Kretschmer und natürlich die Aufarbeitung der Corona-Verbrechen.

Das Gespräch führte Sophia-Maria Antonulas.

Briefe an die Redaktion

Leserbriefe an: K.D.W. e.V.
Postfach 35 02 16, 10211 Berlin

VERÄNDERUNGEN SIND KOLLEKTIVE ANGELEGENHEIT

Lieber Anselm, wir haben seit Beginn des Corona-Schwachsinns den gelesen, abonniert und mit kleinen Geldzuwendungen unterstützt. Weil wir von Anfang an gespürt haben, dass Sie einer der wenigen integeren Menschen sind bei dem ganzen Durcheinander. Als der Corona-Schwachsinn in die Medien kam, wussten wir schon, dass das eine Schweine-Vogelgrippe 2.0 sein würde. Da wir uns mit dem Thema Viren mehr oder weniger seit mindestens 40 Jahren und intensiv seit 20 Jahren beschäftigen, machte uns der Corona-Schwachsinn keine Angst, weil uns klar war, dass es keine krankmachenden Viren gibt. Dass die Staats- und Konzernmedien aller Länder allerdings so massive Lügen und Ängste verbreiten, das hätten wir nicht gedacht. Das war eine neue Dimension der Unterdrückung. Durch den Maskenzwang und die *Lockdowns* war das für Menschen wie uns, die wissen, dass es keine Bedrohung durch einen Virus gibt, schwer auszuhalten. Und am schlimmsten war zu sehen, wie viel Angst die Menschen hatten.

Hier wurde uns klar, dass man Menschen durch psychologische Angstpropaganda in den Tod treiben kann. Und ich kann mir auch vorstellen, dass es viele Menschen gab, die wirklich an einen todbringenden Virus geglaubt haben, oder immer noch glauben. Was müssen diese Menschen durchgemacht haben? Ständig diese Todesängste. Dann noch die Spaltung zwischen den Menschen, einfach grauenhaft. Aus meiner Sicht lernt die Menschheit ganz offensichtlich nur durch Schmerz dazu. Solange es noch einigermaßen auszuhalten ist, unternimmt niemand mehr etwas, um die Situation zu verbessern. Einer der Schlüssel ist, den Menschen zu vermitteln und klarzumachen, dass sich ohne ihr Zutun nichts verändern wird. Veränderungen sind eine kollektive Angelegenheit.

— Wolfgang und Jutta, Landkreis Vorpommern-Rügen

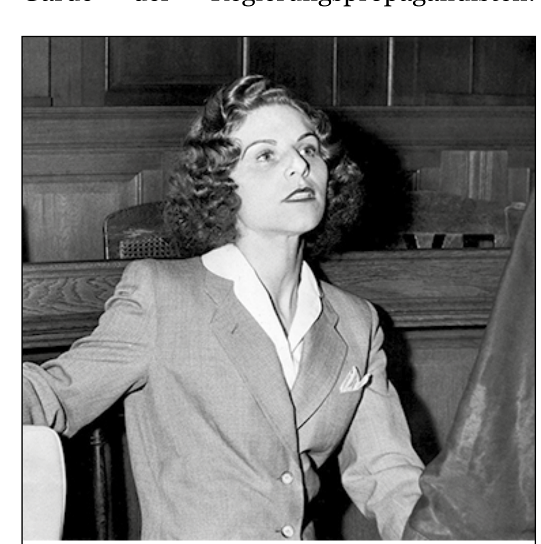
FACHARZT FÜR HASS UND HETZE

Ein Hausarzt denunziert systematisch Oppositionelle. Ein Strafverfahren mit ihm lässt vermuten, wie staatsnahe und konzernfinanzierte Netzwerke den Terror gegen Kritiker der Corona-Politik koordinieren – und der Arzt sich aus Geltungssucht und Mangel an Intellekt zu ihrem Werkzeug machte. | Ein DW-BERICHT von Dr. med. Paul Brandenburg

Dr. med. Marc Hanefeld betreibt in Bremervörde eine Praxis und im Internet Hetze: gegen Patienten, gegen Kollegen und gegen alle, die seine Befürwortung staatlicher Coronamaßnahmen nicht teilen. Solche Menschen hält Hanefeld öffentlich für »enthirnt«, »asozial«, »die Pest« und »Rechtsradikale«. Viele von ihnen seien »Putin-Freunde«.

Ausdrücklich beruft er sich bei seinen Schmähungen auf seinen Beruf als Arzt. Manche Ärzte, die ihm widersprachen, belegt er mit Entmenschlichungen wie »Kollegoid«. Andere herrscht er an, sie mögen »die Fresse halten«, unter anderem den Kassenarzt-Vorsitzenden Andreas Gassen. Seit 2021 wütete Hanefeld in solcher Weise in der regierungsnahen Kurzmitteilungsplattform *Twitter*, zuletzt mit mehr als 57.000 *Follower*n, also eingetragenen Lesern, die die Nachrichten zumeist aufs Telefon gesendet bekommen. Wiederholt war Hanefeld mit seinen Ausfällen auch Gast öffentlich-rechtlicher Produktionen, darunter *NDR* und *ZDF*.

Unterstützung erhielt die scheinbare Provinzfigur immer wieder aus der ersten Garde der Regierungspropagandisten:



DIE GREIFERIN

Stella Goldschlag arbeitete ab 1943 für die »Geheime Staatspolizei« (Gestapo) des NSDAP-Putschregimes, das ab 1933 die Zensur einführte, Oppositionelle verfolgte, Medizinexperimente und Segregationen durchführte, das Militär aufrüstete, Wahlen abschaffte – und als der Krieg nicht mehr gewonnen werden konnte, zur systematischen und massenhaften Judenvernichtung überging. Goldschlag schloss sich als Jüdin in Berlin der NSDAP-Herrschafft und ab 1943 den »Greifern« an.

Die gefürchteten »Greifer« spürten Juden und Oppositionelle im Untergrund auf. 600 bis 3.000 Menschen sollen allein in Folge Goldschlags Denunziantentum ums Leben gekommen sein – laut Urteil des Sowjetischen Militärtribunals von 1946, das von einem folgenlosen zivilen Strafprozess in Welt-Berlin im Jahr 1957 bestätigt wurde. Ihr Fall wurde durch Film, Drama, Roman und spätere Interviews mit Goldschlag weltweit bekannt. (ale / Foto wohl vom Prozess 1957, CC-LiberalHumanist)

Alena Buyx, Sandra Ciesek, Chan-jo Jun und andere sprangen ihm ein ums andere mal zur Seite. So nun auch in einem Strafverfahren, in dessen Nachgang Hanefeld auf *Twitter* untergetaucht ist. Seine Hintermänner, so scheint es, haben durch Fehlplanung eine Marionette verloren.

»MEINE FREUNDE SANDRA CIESEK, ALENA BUYX UND CHAN-JO JUN«

»Halte durch, Marc« *twitterte* Alena Buyx nach seinem verpatzten Gerichtsauftritt noch an ihren Duz-Freund. Diese Botschaft, der von Angela Merkel installierten Ethikratvorsitzenden, war eine der letzten, bevor Hanefeld seinen Tat-*Account »Flying__ Doc«* am 20. Januar 2023 löschte. Um ihn unter gleichem Spitznamen (*Nickname*), jedoch mit neuer Selbstbeschreibung als *»Dr. Cockfield«* und dem Zusatz *»Parody«* wiederzueröffnen. Das mag auf Anraten seines Rechtsanwaltes geschehen sein.

Als solcher trat der umtriebige Chan-Jo Jun auf. Der Würzburger Anwalt Jun, eigentlich *IT*-Rechtler, ist seit Corona unterwegs als Advokat der Regierungspolitik im Allgemeinen und der Parteiagenda der Grünen im Speziellen. Chan-Jo Jun scheint dabei ähnlichen Humor zu pflegen wie sein Mandant, denn in sozialen Medien inszeniert sich der Anwalt als Kämpfer – ausgerechnet gegen das, was Marc Hanefeld dort betreibt: Hass und Hetze. Als Kämpfer gegen dieses Übel lässt Jun sich immer wieder von seiner Partei und deren Spitzenpolitikern wie Renate Künast feiern. Auf Vorschlag der Grünen wurde Jun im November auch als Richter an den Bayerischen Verfassungsgerichtshof berufen.

SPRITZENGENOZID UND INTERESSIERTE »WIRTSCHAFTSKREISE«

IT-Anwalt Jun, muss man vermuten, hat seinem Mandanten Hanefeld zur Löschung besagten *Accounts* geraten. Denn am 18. Januar erlitt der als Zeuge vor dem Strafgericht Schiffbruch, fraglich mit einer von Chan-Jo Jun ersonnenen Strategie. Anwalt Jun war es zumindest, der die Angeklagte im Vorfeld der Verhandlung zur Abgabe einer Unterlassungserklärung aufforderte und Hanefeld ausdrücklich zur Strafanzeige riet.

STRAFVERFAHREN BESTÄTIGTE VERANTWORTUNG

Verhandelt wurde vor dem Amtsgericht Westerstede wegen Verstoßes gegen den sogenannten Todeslistenparagraph 126a des Strafgesetzbuches (StGB). Marc Hanefeld sollte Geschädigter sein. Eine Heilpraktikerin hatte vom selbsternannten »Massenimpfer« im Supermarkt heimlich ein Foto gemacht. Dieses veröffentlichte sie auf *Facebook*, versehen mit der Ortsangabe »Bremervörde« und dem Hinweis, sie »müsse sich zurückhalten« beim Anblick des Hetzers. Die Staatsanwaltschaft wertete das im Sinn des Pragraphen 126a des Strafgesetzbuches als strafbare Verbreitung von Daten zum Zwecke der Gefährdung einer Person. Sie erwirkte erfolgreich einen Strafbefehl, dem die Heilpraktikerin aber widersprach. Automatisch kam es so zur Gerichtsverhandlung, in der Marc Hanefeld als Zeuge aussagen musste. Eine zunehmend irritierte Richterin ließ den Zeugen Hanefeld über knapp zwei Stunden vom Verteidiger verhören. Angesichts seiner Einlassungen schüttelte schließlich sogar der junge Terminvertreter der verantwortlichen Staatsanwältin mit dem Kopf.

Verteidiger: »Sie haben über 60.000 *Follower* auf *Twitter* und verbreiten dort seit zwei Jahren regelmäßig Beleidigungen. Meine Mandantin hat hingegen nur rund 6.000 *Follower* und lediglich einmal ihre bekannte Kritik an Ihnen verbreitet. Wie kommen Sie auf die Annahme, dass ausgerechnet der *Post* meiner Mandantin Menschen zu Angriffen auf Sie verleiten könne?« Hanefeld: »Mein Anwalt Chan-Jo Jun sagte, was die Angeklagte gegen mich verbreitet hat, sei ›stochastischer Terrorismus‹. Irgendwann führe die Summe solch vieler kleiner Aussagen zu Gewalttaten gegen mich. Darum müsse man die anzeigen.« Verteidiger: »Einmal *twitterten* Sie: ›(Ich habe) gerade »Asterix Operation Hinkelstein« mit den Kindern geschaut und erschreckt festgestellt: Man hätte den ganzen Corona-Schwurblern nur einen draufwerfen müssen. Und den AfD-Mitgliedern. So einfach – verdammt!‹« Hanefeld: »Das war sarkastisch gemeint!« Verteidiger: »Was genau sind ›Corona-Schwurbler‹?« Hanefeld: »Ich weiß nicht. Niemand genaues.« Verteidiger: »Was bezwecken Sie denn konkret mit Ihren Beschimpfungen?« Hanefeld: »Ich muss gerade mal überlegen ... *Twitter* heißt ja zwitschern ... Ich bin nicht bei *Twitter* angestellt ... Ich glaube, ich will nichts erreichen.« Verteidiger: »Wie kommen Sie zu der Aussage, Homöopathen seien ›überwiegend die Pest‹?« Hanefeld: »Die ist von einem süddeutschen Wissenschaftler aus der Agrarwirtschaft. (Auch) andere Freunde (wie Sandra) Ciesek stimmen mir da aber zu.« Verteidiger: »Richten sich Ihre Äußerungen gegen Ihre eigenen Patienten?« Hanefeld: »Nein, dann hätte ich ja meinen Beruf verfehlt.«

HAT GENOZIDARZT SEINEN »BERUF VERFEHLT«?

Gegen diese letzte Behauptung bot die Verteidigung eine Zeugin auf, die bereit war, unter Eid das Gegenteil zu bestätigten. Hanefeld hatte ihre Behandlung abgelehnt, nachdem sie ihm auf Nachfrage mitteilte, nicht gegen Covid »geimpft« zu sein. Hanefeld selbst schien aufzufallen, dass Versuche, sich der Vorhaltungen zu erwehren, erratisch und zusammenhangslos waren. Er brauste schließlich auf und fuhr das Gericht an, hier doch »nicht der Angeklagte« zu sein. Richterin und selbst der Jungvertreter des Staatsanwaltes hatten da bereits genug. Das Verfahren wurde eingestellt. Was blieb, war aber nicht nur das unfreiwillige Eingeständnis der eigenen Berufsunfähigkeit durch Hausarzt Hanefeld.

DECKUNG DURCH STAATSANWALTSCHAFT UND ÄRZTEKAMMER?

Kopfschütteln dürfte der Strafrichterin auch bereitet haben, dass sie von der Hetze des Arztes Hanefeld erst in der Verhandlung erfuhr. Denn den Prozessakten waren die



Praxis Dr. Hanefeld oder Neofaschist vor dem Abflug? Der Arzt betätigt sich als Propagandist und Denunziant im Auftrag von Pharmakonzernen und Regierungsmitgliedern. Foto: Twitter

umfangreichen Belege nicht zu entnehmen. Die Angeklagte legte dem polizeilichen Staatsschutz bereits drei Monate vor der Verhandlung eine Übersicht vor. Bereits damals waren die Taten Marc Hanefelds medienbekannt. Irgendwo zwischen Kriminalpolizei und Gericht muss sie dann verschwunden sein. Es wäre die Pflicht der Behörden gewesen, diese nicht nur den Akten beizufügen, sondern sie selbst auch inhaltlich zu würdigen. Beides aber war offenkundig nicht geschehen. Wie konnte es sein, dass Polizei oder die politisch weisungsgebundene Staatsanwaltschaft Niedersachsen so handelten? Die Frage blieb offen. Wenige Tage nach der Verhandlung jedenfalls wurde Niedersachsens Innenminister Boris Pistorius (SPD) für treue Dienste zum Bundesminister der Verteidigung ernannt. Sein früherer Chef, SPD-Ministerpräsident Stephan Weil, regiert weiter als *Hardliner* der Coronapolitik.

PLANVOLLES ZUSAMMENWIRKEN

Auch die zuständige Ärztekammer Niedersachen ist im Zwielicht. Als Aufsichtsorgan mit Hoheitsfunktion ist es ihre Pflicht, die Einhaltung ärztlicher Berufspflichten sicherzustellen. Zu diesen gehört es, »das Recht der Patienten, empfohlene (...) Behandlungsmaßnahmen abzulehnen, (...) zu respektieren«. Auch haben Ärzte sich »untereinander kollegial zu verhalten«. Dass Marc Hanefeld durch seine systematischen Entmenschlichungen von Patienten und Kollegen schwer gegen das Berufsrecht verstößt, ist bereits für Laien offenkundig. Spätestens seit November 2022 war die Kammer über diese Tatsache informiert. Seitdem liegt ihr eine entsprechende Anzeige vor. Bis heute schritt die Kammer dennoch nicht erkennbar ein. Darüber, ob sie die Causa Hanefeld überhaupt untersucht, verweigert sie die Auskunft. Auf Anfrage teilte ihr Sprecher mit, man könne »zu berufsrechtlichen Vorgängen (...) keine Auskünfte erteilen«.

Decken die Ärztekammer Niedersachsen und Staatsanwaltschaft Oldenburg die Taten Hanefelds? Deren Handeln und die auffällige Nähe des Landarztes zur ersten Garde der Propagandisten legt den Verdacht planvollen Zusammenwirkens nahe.



Dr. Paul Brandenburg ist Journalist, Arzt und Publizist in Berlin. Er betreibt die Seite *PaulBrandenburg.com*.



WIR SIND DIE 99 PROZENT!

MOTOR MITTELSTAND

KOLUMNE *von Wolfgang Greulich*

JEDE KRISE IST EINE CHANCE

»Am Ende wird alles gut. Und wenn es nicht gut wird, ist es nicht das Ende.« Dieses Zitat wird Oscar Wilde zugeschrieben – lange vor dieser unsäglichen Zeit. Ob es damals wirklich besser war?

Wir wissen es nicht. Eines aber ist sicher: Noch nie wurden wir Bürger – und insbesondere auch wir mittelständische Unternehmer – von Politik und Medien so vorsätzlich belogen und menschenverachtend behandelt wie in den vergangenen Jahren. Die daraus entstehenden Ängste regieren die Welt. Viele haben sich aus Sorge vor der existenziellen Vernichtung spritzen lassen.

Was sind nun die Konsequenzen? Das Ende ist noch nicht absehbar. Aber Krisen boten immer die Chance, Veränderungen zum Guten herbeizuführen, etwa dem eigenen Unternehmen ein für die Zukunft passendes Gesicht zu geben. Das ist auch heute so. Erst machen wir Leute, dann Produkte. Leider wird im deutschen Mittelstand überwiegend immer noch das Gegenteil praktiziert. Existenzsicherung statt Gewinnmaximierung – auch das ist ein Ziel, das viele (noch) nicht sehen wollen. Der spirituelle Unternehmer der Zukunft hat die Zeichen der Zeit erkannt: Die Existenzsicherung des eigenen Unternehmens beginnt mit der Veränderung des Unternehmers. Mitläufer hatten wir in den letzten Jahren genug.

Die wahren Krisenhelfer im mittelständischen Unternehmertum sind seit 2020 friedlich auf der Straße und beschleunigen dort die positive Veränderung, indem sie erkannte Wahrheiten kundtun und sich dort neu vernetzen. Andere dagegen forcieren einen Imagewandel hin zu scheinbaren Krisenhelfern, obwohl sie sich dabei letztlich elendig bereichert haben. Ob Corona oder Ukrainekonflikt – die Profitgier ist unerträglich und widerlich. Respekt gebührt jenen, die nicht mitgemacht haben. Aufarbeitung tut dringend not. Es ist höchste Zeit für einen weltweiten Systemwechsel.

Die auf die Straße getragene Energie war notwendig. Sie bewirkte, dass vieles jetzt so ist, wie es ist und nicht, wie es sich die globale Elite vorgestellt hat. Davos hat gezeigt, dass noch viel zu tun ist, aber auch, dass es gelungen ist, der Wahrheit Gehör und Respekt zu verschaffen. Mal schauen, was geschieht. Aber eines ist garantiert: Wir werden weiterhin nicht tatenlos zuschauen! Es braucht wirklich einen großen *Reset* – in den Köpfen der 99 Prozent. Es ist wichtig, selbst die Wahrheit zu suchen, um dann Zusammenhänge zu erkennen. Widerstand und Wandel *made in Germany*!

Wolfgang Greulich ist Widerstandsaktivist und erfolgreicher IT-Unternehmer.



Frankreich geht spazieren! Die Angaben der Gesamteilnehmerzahlen reichen von einer Million bis 12 Millionen allein am 19. Januar. Auf dem Bild: der Spaziergang von Lyon an dem Tag. Werden die Franzosen diesmal konsequent agieren und das Regime, Konzerne und Kriegstreiber mit konsequenten kollektiven Handlungen absetzen, um sich demokratisch von Grund auf zu erneuern? Foto: t.me/AnonymeCitoyen

FRANKREICH LÄUFT!

Gelbwesten und Gewerkschaften im ganzen Land gegen Macron

DW-BERICHT von Felix Feistel

Der Donnerstag, 19. Januar 2023, bildete in Frankreich den Auftakt einer landesweiten Streikwelle. In Paris und ungefähr 200 anderen Städten demonstrierten laut Angaben der Veranstalter mindestens eineinhalb Millionen Menschen, die ihre Arbeit niedergelegt hatten.

Allein in Paris gingen über 400.000 Arbeiter und Angestellte auf die Straße. Dadurch war das öffentliche Leben in vielen Städten stark beeinträchtigt. Betroffen waren Bahnhöfe, Flughäfen, Verwaltungs- und Bildungseinrichtungen, aber auch Krankenhäuser und der Energiesektor, da unter anderem Raffinerien bestreikt wurden. Der Streik war von einem breiten Bündnis aller Gewerkschaften organisiert worden, um »Frankreich zum Stillstand« zu bringen . Auch die Gelbwestenbewegung beteiligte sich.

Grund für den Streik ist eine geplante Rentenreform der Regierung des von Nato, Konzern- und Bankenkreisen lobbyierten Emmanuel Macron. Die »Reform« – es ist effektiv eine Rentenkürzung – ist ein Kernanliegen seiner Regierung. Dabei soll das Renteneintrittsalter bis zum Jahr 2030 sukzessive von 62 auf 64 Jahre angehoben werden. Zudem soll die Anzahl der Einzahlungsjahre bis zum Bezug der vollen Altersrente auf 43 Jahre angehoben werden. Damit würde sich das faktische Renteneintrittsalter auf 67 Jahre erhöhen.

Ein weiteres Vorhaben ist es, das Rentensystem zu vereinheitlichen. Bislang gibt es in Frankreich viele verschiedene Einzelsysteme, die mit Privilegien für viele Berufsgruppen verbunden sind. Die Regierung pocht dabei auf besondere Dringlichkeit, da Frankreich eine ähnliche Demografie aufweist, wie viele andere europäische Länder auch. Das französische Statistikamt INSEE prognostiziert für 2040 einen Anteil von 12 Millionen Rentnern an der Gesamtbevölkerung. Die Anzahl der Erwerbstätigen soll dann bei 20 Millionen liegen. Somit drohe Frankreich eine »Überalterung«.

LEERE RENTENKASSEN, VOLLE KRIEGSKASSEN?

Die Regierung verkauft die Reform mit der altbekannten Leier der leeren Kassen und der steigenden Belastung für die kommenden Generationen. Echte, soziale Reformen bietet sie dabei aber nicht an. Gleichzeitig soll das Rüstungsbudget ab 2024 auf 400 Milliarden Euro erhöht werden.

Die Arbeiter und Gewerkschaften sehen die geplanten Änderungen als Angriff auf ihre sozialen Errungenschaften, die in mühevollen Kämpfen etabliert wurden. Die Gewerkschaften befürchten einen sozialen Abstieg vieler Menschen durch die Kürzung. Schon jetzt bezögen viele Rentner nicht den vollen Rentenbetrag, da die Wenigsten auf die vollen Einzahlungsjahre kämen. Diese weiter anzuheben, werde das Problem nur verschärfen.

CGT-Chef Philippe Martinez brachte es gegenüber Journalisten so auf den Punkt: »Diese Reform will die Welt der Arbeit bestrafen und die Unternehmer verschonen.« Und bezog sich damit auf das gesamte Regierungsprogramm Macrons, der noch vier Jahre Amtszeit vor sich hat. Zwar hat Macron bei der letzten Wahl die absolute Mehrheit verloren, da aber die Konservativen und auch die Nationalisten unter Marine Le Pen die Reform mittragen wollen, kann er auf eine Mehrheit der Stimmen hoffen.

Macron wollte diese »Mutter aller Reformen« ursprünglich schon 2020 durchsetzen, ist aber am Widerstand innerhalb der Bevölkerung gescheitert. Die Gewerkschaften hoffen daher, einen solchen Sieg erneut erringen zu können. So kam es zu einem seltenen Bündnis aller Gewerkschaften und zu landesweiten Streiks. Die Regierung hatte im Vorfeld dazu aufgerufen, das Land nicht zu blockieren, und mehr als 10.000 Polizisten eingesetzt, um die Demonstrationen einzudämmen.

Neben den Gewerkschaften beteiligten sich auch die Spitzenpolitiker der linken Opposition. Dabei benannten die Aktivisten auf Spruchbannern die Hintermänner von Macrons Reform, die »Medef«, Frankreichs mächtigster Unternehmerverband. Diese habe »bekommen, was sie wollte«, so die Demonstranten.

In manchen Berufsgruppen lag die Streikbeteiligung bei 70 Prozent, darunter das öffentliche Transportwesen und andere staatliche Dienstleister, womit das Land wie gefordert zeitweise stillstand. Tausende Eisenbahner, Lehrer, Lastwagenfahrer, Universitätsangestellte, Funktionäre aus der Justiz und Verwaltung und sogar Polizisten forderten auf der Straße nicht nur das Ende der Reform, sondern auch eine Rückkehr zu einem Renteneintrittsalter von 60 Jahren, wie es in den 1980er Jahren von der Regierung um den Präsidenten François Mitterand eingeführt worden war.

Die Streiks sind in Frankreich teuer erkauft, denn den Arbeitern wird keine einzige Stunde ihres Ausfalls von den Unternehmen vergütet und, anders als in Deutschland, gibt es auch keine Streikkassen. Große Streiks wie der jetzige können daher nur gegen Projekte organisiert werden, die von einer Mehrheit der französischen Arbeitnehmer als besonders schädlich angesehen werden. 80 Prozent der Franzosen lehnen die Reform Umfragen zufolge ab.

80 PROZENT GEGEN RENTENKÜRZUNG

Derweil hat sich der Präsident mit elf seiner Minister nach Spanien abgesetzt. Sprechern des Elysée Palastes zufolge sei er nur einer bereits im Oktober erfolgten Einladung des spanischen Premiers Pedro Sánchez gefolgt. Die Demonstranten hingegen betrachteten dies als grobe Respektlosigkeit. Ihnen zufolge beweise die Reise des Präsidenten die vollkommene Gleichgültigkeit gegenüber dem Willen des Volkes. Als Beweis dafür kann auch gewertet werden, dass Macron die vom Streik betroffenen Chefs der Exekutive, Polizeiminister Gérard Darmanin, Schulminister Pap N'diaye, Transportchef Clément Beaune und Wirtschaftsminister Bruno Le Maire mit nach Spanien genommen hat.

Dennoch sollen in den nächsten Wochen weitere Demonstrationen und Streiks folgen. Die Dauer der Arbeitsniederlegung wird dabei schrittweise erhöht, um den Druck auf die Regierung zu steigern.

In Deutschland beträgt das Renteneintrittsalter 67 Jahre und für den Anspruch auf die volle Rente sind 45 Einzahlungsjahre erforderlich. Dabei werden aus der Regierung auch Stimmen laut, das Renteneintrittsalter auf 70 Jahre zu erhöhen. (ffe)

Covid-Tyrannin tritt zurück

Masken, Impfzwang und Repressionen gegen Demonstranten zeichneten ihre Regierung aus. Neuseeland wird Jacinda Ardern los. | DW-BERICHT von Felix Feistel

»Plötzlich und unerwartet«, so möchte man sagen, hat die neuseeländische Premierministerin, Jacinda Ardern, am 19. Januar 2023 ihren Rücktritt erklärt. Dieser soll bereits am 7. Februar wirksam werden.

Ardern war 2017 im Alter von nur 37 Jahren als jüngste Ministerpräsidentin der Welt in das Amt gekommen. Nun, mit 42, erklärte sie: »Ich weiß, was man für diesen Job braucht, und ich weiß, dass ich nicht mehr genug im Tank habe. Es ist so einfach.« In Kraft trat ihr Rücktritt nach der Ernennung ihre Nachfolgers am Samstag den 21. Januar.



Neuseeländische Ministerpräsidentin Jacinda Ardern (1. Reihe, 4. v.l.) mit Kabinett. Foto: CC/WikiCommons

NEOFASCHISTIN IN PARTEI NICHT HALTBAR

Jacinda Ardern hatte sich in einem besonders repressiven Kurs im Umgang mit der »Coronapandemie« hervorgetan. Dabei hat sie ein Regime etabliert, das allenfalls von China und der BRD in den Schatten gestellt wurde. Masken, Impfzwang und strenge Repressionen gegen Demonstranten zeichneten ihre Regierung aus. So antwortete sie im Jahr 2021 auf die Frage eines Reporters, ob Ungeimpften alle Rechte entzogen werden sollten, schlicht mit einem »Ja, so ist es.« Folgerichtig sprach der australische Politiker Craig Kelly in Bezug auf Ardern von einer der »bösartigsten und abscheulichsten Tyrannen von allen«, die unerbittlich die Menschenrechte basierend auf einer Lüge ausgenutzt habe.

Dieser Kurs hat ihrer Partei, der *Labour Party* (Partei der Arbeit), schweren Schaden zugefügt. So sehen Umfragen für die kommenden Wahlen am 14. Oktober dieses Jahres kaum eine Chance,. Auch intern driftet die Partei laut *RebelNews* ins Chaos ab. Europäische Medien und Politiker sind hingegen voller Bewunderung für die Covid-Diktatorin. So schrieb der österreichische *Kurier*: »Die charismatische Politikerin machte in all ihren Regierungsjahren vor allem durch ihr sensibles Krisenmanagement von sich reden. Dies galt unter anderem für Neuseelands Weg durch die Corona-Pandemie.« Der SPD-Abgeordnete Michael Roth sekundierte: »Was für ein Verlust für das globale Team Demokratie. Und was für eine Größe im Abschied von der Macht. Jacinda Ardern setzt Maßstäbe.« Das Berliner Schmutzblättchen *Taz* lobte vor allem den Umstand, dass es sich bei ihr um eine attraktive Frau auf der Bühne der Weltpolitik handelte, ihre »entwaffnende« Ehrlichkeit und euphemisierte ihren diktatorischen Kurs als »entschlossen«. Ardern war eng mit dem selbsternannten Weltwirtschaftsforum (*World Economic Forum WEF*) zutiefst verbunden und Absolventin des Programms »Junge Globalführer«.

DIE »ULTRA-RECHTE« IM KAMPF GEGEN »RECHTS«

DW-KOMMENTAR von Ulli Mies

Auf der Suche nach einer treffenden Umschreibung des aktuellen Kampffeldes innerhalb der deutschen Gesellschaft passt folgende Aussage wie die Faust aufs Auge: Ein sich »linksliberal« wähnendes, parteipolitisch weitgehend gleichgeschaltetes Polit*establishment* befindet sich im »Kampf gegen Rechts«.

Über alle Parteigrenzen hinweg definiert sich das deutsche Polit*establishment* als »links«, »in der Mitte stehend«, als liberal oder grün, aber niemals als »rechts«. Die Realität sieht jedoch bedrückend anders aus: Tatsächlich setzen sich die deutschen tonangebenden Politmilieus nahezu ausschließlich aus dem Großkapital ergebenen Sozial-, Christdemokraten, »Liberalen« und wendegehalsten opportunistischen SED-Altkadern auf Karrieretrip sowie »grünen« Aufsteigerinnen und Aufsteigern zusammen.

Das Glanzpersonal nimmt als »Parlamentarier« die Befehle der US- und deutschen Transatlantiker sowie die WEF/UN-Vorgaben der Agenda 21 entgegen. Ihr Auftrag: Den Nationalstaat — als Hort rechter Gesinnung — vor die Wand fahren, das heißt, nach Kräften zu erodieren, zu chaotisieren, seiner Rechtsstaatlichkeit zu berauben und als lebenswerte staatliche Einheit abzuwickeln.

Und sofort stellt sich die Frage: Wie kann es sein, dass ausgerechnet »linke« Kräfte im Schulterschluss mit der finstersten Reaktion seit 1945 zusammenarbeiten beziehungsweise selbst zu Finsterlingen mutierten? Wie können sie sich den Globalisten und Globalfaschisten der TNC's — der »Transnational Capitalist Class« — als Hilfstruppen anbiedern? Ich bezeichne die Internationale der Globalisten und die Anhänger der *Global Governance* in den Regierungen als Globalfaschisten, deren wesentliche Vorhaben sind:

DEMOKRATIE ODER GLOBALFASCHISMUS?

Die Abschaffung der Demokratie, wie wir sie kannten (Putsch gegen das Grundgesetz und unveräußerliche Rechte), die Errichtung einer »Global Governance«, das heißt, die antidemokratische Zentralisierung von Macht und Reichtum unter Einschluss sogenannter »Stakeholder«, also relevanter Machtgruppen wie Konzerne, Regierungen, spezifische NGOs, UN, WEF, WHO, OECD, G7 und Nato. Zudem die Dezimierung und Totalkontrolle der Weltbevölkerung über »Impf«- und Klimaziel-Regimes, die Einführung einer biopolitischen Hygienediktatur mittels WHO und GAVI, die Enteignung der breiten Massen (»Du besitzt nichts und bist glücklich«, so WEF-Chef Klaus Schwab), die Verfrachtung von Teilen der Menschheit in MEGA-*Smart-City*-Gulags (*Smart Cities*), die Totalkontrolle der Menschheit über digitale IDs, die Zensur sämtlicher Meinungen, die der globalfaschistischen Agenda zuwiderlaufen. Und die Bargeldabschaffung unter dem verlogenen Vorwand der Kriminalitätsbekämpfung, ein sogenannter Transhumanismus mit dem vermeintlichen Ziel der »Verbesserung des Menschen«, die Machtkonsolidierung der EU als faschistoide anonymisierte Bürokratenherrschaft sowie die Konsolidierung und imperialistische Erweiterung der Nato als geopolitische militärische Gewaltmacht des Westens im Kampf gegen Russland und China.

Diese Zentralisierung gibt es nur zum Preis der völligen Auflösung nationaler demokratischer Strukturen. Genau in diesem Prozess stehen wir und genau dies hat der deutsche Wirtschaftsminister Habeck vor Kurzem in Davos geäußert.

VULGÄRMARXISTISCHE VOLLIDIOTEN

Es ist erschütternd und für die Gesellschaft eine Katastrophe, dass sich »Linke« in einer Zeit der bisher höchsten Kapitalkonzentration in der Weltgeschichte auf Nebengleise gesellschaftlicher »Woke«-Kämpfe zurückziehen und darin erschöpfen. Anders ausgedrückt: Der »Deep State« schaffte diesen Pseudolinken staatsfinanzierte (»Luxus«-) Nischen, damit sie sich nicht ihrer eigentlichen Aufgabe als Opposition zuwenden: dem gesellschaftlichen Kampf wider die politische und ökonomische Macht. Diese Leerstelle hat das kritische Bürgertum aufgegriffen, diesen Kampf aufgenommen und wird nun generell als »Rechte« bepöbelt, diffamiert, terrorisiert und aus dem gesellschaftlichen Diskurs herauszensiert. Die doktrinäre vulgärmarxistische Linke konnte und kann mit dem »Bürgerlichen Staat« ohnehin nichts anfangen, betrachtet ihn als ihren Feind. Offensichtlich ist ihr entgangen, dass der »Bürgerliche Staat«, wie wir ihn kannten, auch Schutz- und Abwehrrechte gegen den Staat sicherte, die nun im Rahmen des Corona-Terrorregimes kassiert wurden. Das schert diese Sorte »Linker« nicht. Sie will unbedingt Teil der sogenannten Elite sein und macht so mit den ultrarechten transatlantischen Globalisten-Regimen mit Merkel oder Scholz an der Spitze gemeinsame Sache gegen den demokratischen Staat, der bereits in Trümmern liegt. – Welche Legitimation also kommt dem russophoben US-Stellvertreter-HSH-Nordbank-Cum-Ex-Olaf-Scholz-Nancy-Faeser-Regime zu, das derartige Zustände nicht nur zulässt, sondern diese sogar massiv fördert?



Ullrich Mies studierte Politik in Duisburg und Jamaica, arbeitete für die Arbeitsagentur und ist Bestsellerautor.

MELDUNG

BRD-REGIME STIMMT LIEFERUNG VON ANGRIFFSPANZERN ZU

Davos/DW. Mehrere EU-Staaten, darunter Polen, Finnland und Litauen, hatten auf dem 53. Treffen des Davoser Weltwirtschaftsforums (WEF) einen Appell an Bundeskanzler Olaf Scholz gerichtet, die Ausfuhr deutscher Leopard-Panzer ins Kriegsgebiet zu genehmigen. Allein Polen erklärte sich bereit, 14 der eigenen Panzer zu liefern. Die Leopard-Panzer werden in der BRD gefertigt, weshalb die deutsche Regierung jedem weiteren Export zustimmen muss. Schon zuvor hatte Deutschland sich nach langem Zögern bereit erklärt, Marder-Panzer an die Ukraine zuliefern. Am Mittwoch wurde bekannt, dass das BRD-Regime der Leopard-Proliferation zustimmt. (ale/ffe)

PUTIN KLÄRT ÜBER BRD-BESATZUNG AUF

Moskau/DW. Zum Thema der Lieferung deutscher Panzer in den Stellvertreterkrieg auf ukrainischem Territorium nahm am Mittwoch der Präsident der Russischen Föderation Stellung. Die Entscheidung zur Proliferation sei letztlich in Washington gefallen: »Streng genommen sind es formal und rechtlich gesehen die US-Besatzungstruppen, die sich auf dem Territorium Deutschlands befinden, nach Faktenlage ist es so«, so Wladimir Putin gegenüber einer Runde von Journalisten in Moskau. Überraschenderweise kolportierte auch das Propagandaformat Tagesschau den O-Ton. (ale)

US-WAFFEN FÜR ANGRIFF AUF KRIM

Washington/DW. Die US-amerikanische Regierung hat ihre ursprüngliche Haltung aufgegeben, der Ukraine keine Waffen für eine Rückeroberung der Krim zu liefern. Das berichtete die *New York Times* am 18. Januar. Demnach sei diese Änderung darauf zurückzuführen, dass die Biden-Administration von einer Stärkung der Kiewer Verhandlungsposition ausgehe, sollte diese die Krim zurückerobern. Der Änderung waren monatelange Verhandlungen zwischen US-amerikanischen und ukrainischen Offiziellen vorausgegangen. (ffe)

»Früher linke Sau, heute rechtes Schwein!«

Als Schauspieler wurde U
Jens Hinrichs in der TV-S
Der zweifelnde 59-jährig
macht dabei vor ihm nich

Aussichten: »Wir sind bereits mitten im Dritten Weltkrieg«, erklärt Adolf-Grimme-Preisträger Uwe Steimle im *DW*-Interview. Auch zur Ampel hat er eine klare Meinung: »Ich empfinde unsere Regierung als eine einzige Zumutung.«
Foto: uwesteimle.de

DW: Herr Steimle, an Ihnen scheiden sich die Geister: Die einen lieben Sie, die anderen hassen Sie. Liegt es daran, dass Sie gerne provozieren?
Uwe Steimle: Ich glaube, die meisten beschäftigen sich gar nicht wirklich mit dem, was ich mache, sondern übernehmen nur, was die »Leidmedien« verbreiten. Die Aufgabe eines Kabarettisten ist es nicht, die Wunden zuzukleistern, sondern vielmehr, sie offenzulegen, damit sie sichtbar werden. Ich bin ein freier Geist, der sich von niemandem vorschreiben lässt, wie er zu denken hat. Gedankenfreiheit ist die Hauptschlagader der Demokratie. Wenn die beschädigt wird, droht der Infarkt. Und in einer Gesellschaft, die anfängt, ihre Kasper zu köpfen, liegen die Nerven offensichtlich blank.

DW: Von 2013 bis Ende 2019 produzierten Sie für den *MDR* die Ostalgie-Serie »Steimles Welt«, die beim Publikum sehr beliebt war. Doch Ende 2019 beendete der *MDR* abrupt die Zusammenarbeit. Sie sprachen daraufhin von einer »Zensur ersten Grades«. Wie sehen Sie den Vorgang heute?
U.S.: Eine Meinung haben alle, aber für eine Haltung braucht man Rückgrat und nicht nur eine Wirbelsäule. Als Begründung bekam ich damals zu hören, ich sei illoyal. In der DDR hätte man gesagt: »Er ist nicht auf Linie.« Und warum? Weil ich an der Souveränität Deutschlands gezweifelt habe.

> »Ich muss an meinem Charakter arbeiten, nicht an meinem Ruf, für den kann ich ja nichts.«

DW: Inwiefern?
U.S.: Deutschland ist ein besetztes Land, hat auf seinem Territorium US-Atomraketen stationiert, ohne dass es dagegen etwas unternehmen kann. Diese Aussage wurde mir zum Verhängnis. Witzigerweise hat Wladimir Putin zwei Wochen später diesen Satz fast im selben Wortlaut wiederholt. Vielleicht schreibt er bei mir ab. Vorgeworfen wurde mir zudem, dass ich den öffentlich-rechtlichen Rundfunk mehrfach infrage stellte und seine mangelnde Staatsferne kritisierte.

DW: Sie galten immer als Linker, wurden 2009 von der Linkspartei als Mitglied der Bundesversammlung benannt. Wo stehen Sie heute politisch?
U.S.: Ich bin ein nationaler Linker. Allerdings enttäuscht es mich maßlos, dass vor allem meine Linken die Steigbügelhalter für die Globalisten sind. Links – das bedeutete für mich immer Kampf gegen Ungerechtigkeit und Einstehen für die Schwachen, die keine Stimme haben. Es geht um das Volk, die Nation und die Gemeinschaft. Diese Begriffe werden plötzlich umgedreht und nun als Rechts *geframet*. Darüber lache ich, um nicht weinen zu müssen.

DW: Man wirft Ihnen Rassismus, Antisemitismus und Antiamerikanismus vor. Zuletzt schilderten Sie in »Steimles Aktuelle Kamera« (Ausgabe 90), dass in sozialen Medien jemand über Sie schrieb, Sie seien so schlimm wie Hitler. Wie finden Sie das?
U.S.: Besser geht's nicht, oder? Dabei bin ich viel schlimmer als Adolf Hitler (grinst). Nein, im Ernst: Darüber kann ich nur noch lachen. Bei Satire gilt: Wer sich betroffen fühlt, ist gemeint. Und es gibt das schöne Sprichwort: »Was ich denk' und tu', trau' ich anderen zu.« Ich bin meist, natürlich nur sinnbildlich, mit einem Florett bewaffnet. Wenn dies bereits derartige Wunden hinterlässt, muss ich sagen: Okay, alles richtig gemacht.

DW: Dass man *ARD* und *ZDF* nicht mehr alles glauben darf, haben inzwischen Millionen Menschen realisiert. Demnach können Sie doch froh sein, nicht mehr für den zwangsfinanzierten *MDR* zu arbeiten, oder?
U.S.: Zunächst einmal fiel ich nach meinem Aus beim *MDR* in ein tiefes Loch. Ich wurde auf unfeine Art auf mich selbst zurückgeworfen, hatte plötzlich auf nichts mehr Lust und rutschte in eine schwere Depression. Mein Freund und Kollege Helmut Schleich sprach mir Mut zu und sagte: »Mache doch einen eigenen *Youtube*-Kanal! Wenn es jemand schaffen kann, damit Erfolg zu haben, dann ja wohl du.«

DW: Damit sollte er recht behalten. Mit inzwischen rund 110.000 Abonnenten ist Ihr Kanal sehr erfolgreich. Sind Sie zufrieden?
U.S.: Ich sehe heute vieles anders. Dass ich aus dem ÖRR entfernt wurde, ist für mich ein Ritterschlag. Seitdem habe ich keinen Maulkorb mehr, kann frei denken und ruhig schlafen. Sich selbst anzugehören, ist der einzig erstrebenswerte Luxus auf dieser Welt. Was die Abonnentenzahl betrifft: Damit hätte ich nie gerechnet. Mein Antrieb war ein anderer: Ich wollte den Menschen während der Pandemie Freude bereiten. Das macht doch die Kunst aus: Egal, ob man Puppenspieler, Opernsänger, Schauspieler, Balletttänzer oder Kabarettist ist – man muss immer versuchen, das Herz der Menschen zu erreichen.

DW: Das dürfte Ihr Kollege Jan Böhmermann anders sehen. Er beleidigt Frauen als »Scheißehaufen«

Uwe Steimle deutschlandweit bekannt durch seine Rolle als Hauptkommissar Serie »Polizeiruf 110«. Zudem ist er der wohl bekannteste ostdeutsche Kabarettist. e Sachse zeigt politisch eine klare Haltung. Das Framing der Altmedien at Halt. | DW-INTERVIEW von Klaus Müller

und vergleicht Kinder mit Ratten. Ist das noch witzig oder menschenverachtend?
U.S.: Ich könnte nun sagen, den Herrn kenne ich gar nicht. Aber wissen Sie, welche Vermutung ich bei ihm habe: Er hatte keinen Vati. Letztlich ist das, was er macht, nur ein Schrei nach Liebe. Wir alle sind Menschen. Ich glaube an die Kraft des Wortes. Wir können uns irren, auch mal was Falsches sagen, aber das Mitgefühl sollte immer überwiegen. Kunst ohne Empathie ist keine Kunst.

DW: Kurze Zeit nach der Trennung vom *MDR* folgte die Plandemie. Sie traten bei Demos gegen die Coronaschutzmaßnahmen auf, z.B. im November 2020 in Leipzig in Ihrer Paraderolle als Erich Honecker. Wie denken Sie heute über die Zeit damals?
U.S.: Polizisten haben Menschen gejagt, nur weil sie keine Masken trugen. Die Art und Weise, wie man mit uns Bürgern umgegangen ist, spottet jeder Beschreibung. Und jetzt geht man einfach so dazu über und fragt: »Leute, war da irgendwas?« Unfassbar war auch, wie die Ungeimpften stigmatisiert und ausgegrenzt wurden. Ich weiß seitdem, wie es 1933 gewesen sein muss und kann nur sagen: Wehret den »Anfängern«! Für mich war klar: Ich mache keine Veranstaltungen unter 2G. Entweder es können alle kommen oder niemand.

DW: Der Coronaspritze standen Sie zunächst skeptisch gegenüber, haben sich aber im April 2021 doch dafür entschieden, nachdem es drei Covid-Todesfälle in Ihrer »unmittelbaren Umgebung« gab und Ihnen Ihre Tochter, die Chirurgin ist, dringend dazu geraten hatte. Würden Sie aus heutiger Sicht wieder so handeln?
U.S.: Meine Tochter berichtete mir, was in der Klinik los sei. Ich habe gegen meine innere Eingebung gehandelt. Aber es war meine Entscheidung, zu der stehe ich auch. Allerdings würde ich mich mit dem heutigen Wissen tatsächlich anders entscheiden. Ich lasse mich nie mehr impfen und zwar gegen gar nichts mehr, weil ich den Gaunern nicht mehr traue. Wir wissen es doch längst: Eine Pandemie hat es nie gegeben.

DW: Machen Sie Ihrer Tochter Vorwürfe?
U.S.: Ich liebe meine Kinder, bin nachsichtig mit ihnen. Meine Tochter hat es auch nicht besser gewusst. Wir klammern das Thema daheim aus, weil es ansonsten zu einem Riss innerhalb der Familie führen könnte. Ich sage mir: »Was soll's! Uwe, du lebst ja noch.« Natürlich stimmen mich zunehmende Berichte über Injektionsschäden oder die Übersterblichkeit nachdenklich. Aber wer definitiv über alles Bescheid weiß, werfe den ersten »Steimle«.

DW: Nachdem bekannt wurde, dass Sie sich »impfen« ließen, wurden Sie massiv angefeindet. Für viele waren Sie fortan ein Wendehals und Verräter. Was hat das mit Ihnen gemacht?
U.S.: Ich weiß ja, dass ich mir selbst nichts vorzuwerfen habe. Irren ist menschlich. Ich muss an meinem Charakter arbeiten, nicht an meinem Ruf, für den kann ich ja nichts. Die Leute sagen über mich ohnehin, was sie wollen. Ich galt jahrelang als linke Sau, heute bin ich ein rechtes Schwein und werde wahrscheinlich als veganes Schnitzel enden. Die Menschen, die immer sofort alles besser wissen, gehen mir mächtig auf den Zeiger. Für mich ist der Zweifel mein Lebenselixier. Der großartige Sir Peter Ustinov sagte: »Wer nicht zweifelt, ist verrückt.« Die einzigen Machthaber in der Geschichte, die nicht zweifelten, waren Adolf Hitler und Wolodymyr Selenskyj. Solche Menschen sind mir unheimlich.

DW: Sie sagten mal: »Was als Kampf gegen rechts geführt wird, ist in Wahrheit ein Kampf gegen das eigene Volk.« Mit welchem Ziel?
U.S.: Ja, Rechts ist das neue Links. Aber das ist nur ein billiger Taschenspielertrick. Das, was wir gerade erleben, ist ein Kampf von Gut gegen Böse oder Licht gegen Dunkelheit. Wir sind bereits mitten im Dritten Weltkrieg. Das zeigt: Wir haben nichts aus der Geschichte gelernt, sind denk- und gefühlsfaul. Das ist kein exklusives deutsches Problem, aber wir müssen immer alles ganz genau machen. Erst wollten wir alle vergasen, jetzt reicht es nicht mal für uns selbst. Wir Deutschen sind verrückt und dank der USA auf dem Rückzug. Wir leben im Grünen Reich. Es ist ein absoluter Irrsinn, der passiert.

DW: Wie konnte es so weit kommen?
U.S.: Unser Finanzsystem ist am Ende. Was wir derzeit erleben, ist eine Kapitalismus-Insolvenz-Verschleppung. Es ist zu viel bedruckte Baumwolle im Umlauf und nur noch eine Frage der Zeit, wann das System endgültig kollabiert. Wir sehen es bei uns: Das deutsche Volk soll gespalten und entwurzelt werden. Sie zerstören unsere Kultur, unsere christlichen Werte, unsere Familien und Gemeinschaften. Warum? Damit die Globalisten von *Blackrock* & Co künftig leichtes Spiel mit uns haben. Sie setzen für ihre Gier nach Profit sogar das Überleben der Menschheit aufs Spiel. Für sie sind Politiker Handlanger und wir Bürger nur noch williges Humankapital.

DW: Mit welchen Gefühlen blicken Sie auf den Ukrainekrieg?
U.S.: Ich heiße keine einzige Sekunde gut, was Russland macht. Jeder Soldat, der fällt, egal ob Russe oder Ukrainer, hat mein Mitgefühl. Ich habe selbst gedient und bin heilfroh, dass wir in der DDR niemals an der Front kämpfen mussten. Man muss das Pferd von hinten aufzäumen, dann weiß man, wer die Kriegstreiber sind, wer Interesse daran hat, dass Krieg und Inflation weiter als Waffe genutzt werden und wer daran verdient. Die Russen wollen nur eine Pufferzone haben, damit ihnen die NATO nicht zu nahe kommen kann. Dass man mit Putin nicht mehr reden will, ist eine Unverschämtheit. Man muss immer versuchen, im Dialog zu bleiben, auch wenn es schwerfällt.

DW: Mit welcher Entwicklung rechnen Sie?
U.S.: Ich hoffe und bete, dass es ein Einlenken gibt. Fakt ist: Wir können einen Krieg gegen Russland niemals gewinnen. Vielleicht spielen Joe Biden und Wladimir Putin eine Partie Schach und der Sieger entscheidet, wie es weitergeht. Putin ist ein hervorragender Schachspieler, zudem ein Mensch mit großem Herzen. Das könnte vielen erst auffallen, wenn er mal nicht mehr am Leben ist. Und was man nicht außer Acht lassen darf: Den militärisch-industriellen Komplex gibt es auch in Russland.

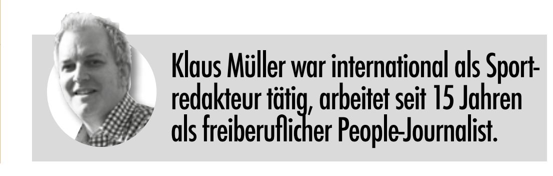
DW: Befürchten Sie, dass der Krieg eskalieren könnte?
U.S.: Natürlich besteht diese Sorge. Einige Politiker reden doch schon vom totalen Krieg. Früher wurde man wenigstens noch gefragt, ob man den überhaupt will, das machen sie heute nicht mehr. Ich sage Ihnen: Russische U-Boote mit Atomwaffen sind bereits in der Beringstraße und werden Washington erreichen. Was passiert dann? Es fliegt alles in die Luft! Darum verstehe ich auch nicht: Wir reden ständig nur über Waffen – aber wo ist die Friedensbewegung? Anstatt in Lützerath durch den Schlamm zu robben, sollten wir endlich anfangen, für den Frieden einzutreten.

DW: Was können wir noch tun?
U.S.: Es gilt, Brücken zu bauen. Wir müssen die Familie und Gemeinschaft stärken und überlegen, wie wir als Menschheit überleben wollen. Es muss ein Miteinander sein ohne Ausgrenzung und Stigmatisierung. Aber ich befürchte, es wird alles noch viel, viel schlimmer kommen. Möglicherweise wird der Schaden irreparabel sein.

DW: Sie haben also keine Hoffnung mehr auf eine Wende zum Guten?
U.S.: Martin Luther hat gesagt: »Wenn ich wüsste, dass morgen die Welt unterginge, würde ich heute noch ein Apfelbäumchen pflanzen.« Daran möchte ich mich halten. Ich hoffe, dass wir die Gelegenheit bekommen und diese dann auch nutzen, eine friedliche Wende einzuleiten. Ich bin ein militanter Pazifist.

DW: Wenn Sie anstelle von Olaf Scholz Kanzler wären: Was würden Sie tun?
U.S.: Sofort zurücktreten! Wir brauchen Menschen aus der Mitte unserer Gesellschaft, die bestimmen, wo es langgeht. Das kann der Bäcker oder Landwirt sein oder der Optiker, der sicher mehr Durchblick hat als die »da oben« zusammen. Oder wählt mich! Ich habe keine Ahnung und somit beste Voraussetzungen, um etwas bewirken zu können. Das Parteiensystem ist derart verfilzt, dass es keine Zukunft mehr hat. Die arbeitenden Bürger unserer Gesellschaft, also diejenigen, die die Steuern erwirtschaften, müssen in allen wichtigen Angelegenheiten befragt werden. Sie halten das Rad am Laufen und haben das Recht, darüber zu bestimmen, wie mit uns umgegangen wird. Wir sind kein billiges Stimmvieh. Ich empfinde unsere Regierung als eine einzige Zumutung. Wenn sie unser Land vor die Wand fährt, fällt die Ampel aus. Dann gilt wieder Rechts vor Links. Manche Dinge möchte ich gar nicht zu Ende denken.

DW: Herr Steimle, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.



Klaus Müller war international als Sportredakteur tätig, arbeitet seit 15 Jahren als freiberuflicher People-Journalist.



Das Letzte – von Anselm Lenz

Sehr geehrte Leserschaft,

nach 120 Ausgaben des DW gilt mein Dank den Arbeitern an den Druckmaschinen, den Postzustellern, den Tausenden DW-Verteilern in allen Regionen unseres Landes (siehe Seiten 2 und 7) – und meinem Kollegium in Redaktion, Verlag, Vertrieb!

In dieser Zeitung steckt viel Leben. Ich fand großartige Mitkämpfer unter blutigen Anfängern, fortgeschrittenen Bloggern und einigen ganz wenigen Profis aus dem Printjournalismus. Wir haben uns für diese Zeitung vom Lügenregime und seinen willigen Vollstreckern schlagen, jagen, terrorisieren und verleumden lassen müssen – und wir werden das den Tätern nicht vergeben und nicht vergessen.

Ich kann ohne jede Selbstbeweihräucherung sagen – wenn mal etwas übrig blieb: Zuerst gab ich, und ich nahm als Letzter. Und doch ist es ein Medienbetrieb, der auf Selbstausbeutung aller beruht, zuerst meiner selbst. Es war und ist ein Ausbildungsprojekt, ein großes Angebot und wahnsinnig viel Arbeit – vor allem in Organisation, Durchführung und Vertrieb, weit mehr als beim Eintippen von Texten.



Danke! Schon mit 12, 13 Jahren studierte ich Zeitungen und Magazine, probierte mich an Zeitungsgestaltung und Schlagzeilen: »Ich werde Blattmacher!« Dass ich einmal selber einen Verlag gründen könnte, hätte ich nie gedacht, denn in der Arbeiterklasse träumt man nur von Produktionsmitteln. Es geschah ab 2020 dank Ihnen, liebe Leserinnen und Förderer.

In diesen Jahren wurde auch meine dritte Tochter geboren – in Stettin/Szczecin, weil das BRD-Regime sogar Gebärende misshandelte, mit der Injektion bedrohte und Väter aus Kreißsälen ausschloss. Dass zum »Baby« DW dann im Mai 2022 auch noch ein zauberhaftes Baby Marie kam und mich in Beschlag nahm, wird mir mancheine(r) wohl nie verzeihen. Wie immer: Die Begriffe »Liebe«, »Verantwortung« und »Freundschaft« sind instrumentalisierbar. »Messt sie lieber an ihren Taten!«, heißt es zurecht.

Zur Sache: Sicher, diese Zeitung ist bereits unsterblich. Alte Ausgaben erzielen auf Online-Plattformen Sammlerpreise. Und der DW wird weiterleben, weil Sie, neue Förderer und neue Kollegen, dieses Blatt in die Welt werfen werden. Und wenn es sein muss, auch wieder zwischen am Boden liegenden Demokraten und heranstürmenden Stoßtrupps. – Die Letzte? Wirklich die Letzte? Ja, möglicherweise. – Dazu mehr auf Seite 15 unten. Ich danke Ihnen!





FEIGE KLEINE DRECKRATTE

Propagandist des Injektionsgenozids und Denunziant: Der TV-Millionär und Antisemit Jan »Ziegenficker« Böhmermann ging zuletzt auf den Helden der Demokratiebewegung »Captain Future« los (Kapitän Zukunft von der Freiheitsparade, siehe freedomparade.com). Für seine Denunziation nutzte Böhmermann, die »feige kleine Dreckratte« (Anonym), seine zwangsfinanzierte TV-Sendung. Der Käpt'n von den Berliner Demonstrationszügen hatte zuvor darauf aufmerksam gemacht, dass die Hamburger Nachrichtenillustrierte *Der Spiegel* die kompromisslosen Aufstände in China gegen die Corona-Lüge und die damit verbundenen Terrormaßnahmen, Testbuden und Injektionszentren wohlwollend berichterstatte (siehe *Spiegel*-Titelseite vom 3. Dezember 2022), während in der BRD in den Jahren 2020, 2021 und 2022 das Volk vom BRD-Regime angegriffen worden war – was das bestochene Heft wie das abgefeimte TV-Gesicht jeweils gefeiert oder heruntergespielt hatten.

Böhmermann gilt als Aushängeschild der »Jeunesse Dorée« der Gegenwart und erstes Beispiel des »Extremismus der Mitte«, also geistig und moralisch bis auf den Nullpunkt heruntergekommener gealterter Mittelschichtskids in der BRD, die im Auftrag von Regierung und Konzernen den Neofaschismus des Kriegs- und Coronaregimes feiern. International bekannt geworden war Böhmermann, als er den Regierungschef der Republik Türkei in seiner *ZDF*-Sendung unter anderem als »Ziegenficker« bezeichnet hatte. (bat)





THEATER NÄHERN SICH DEM »THEMA« GREUELREGIME

Wie unter den Nazis waren sie als Orte der Öffentlichkeit und der aushandelnden Zusammenkunft auch 2020 die ersten Opfer des Corona- und Kriegsvorbereitungsterrors. Nicht umsonst versammelte sich die erste Demonstration weltweit gegen das Lügenregime am 28. März 2020 vor der zwangsgeschlossenen Volksbühne am Rosa-Luxemburg-Platz. Deren früherer Intendant Frank Castorf, der unter anderem für die geplante Corona-Sause bereits 2017 hinausgeschafft und durch Lutscher ersetzt worden war, verlautbarte: »Unterstützen Sie den *Demokratischen Widerstand*!« Der »linke« Kultursenator Klaus Lederer ließ mit auf die Menge einprügeln.

Am größeren Deutschen Theater in Berlin soll nun mit Georg Büchners Woyzeck aus dem Jahr 1836 erstmals das Terrorregime bespiegelt werden. Die unter dem Corona- und Kriegsregime weitestgehend feige angepassten »Staatskünstler« geben sich die Ehre. Aber wie: »Sogar ihre Trennung kommt durch einen *Lockdown* zum Stillstand«, heißt es süffisant zur Büchner-Verwurstung als Urban-Sex-Drama im *DT* (Mahin Sadri und Amir Reza Koohestani: »Wozeck Interrupted«). Zum hinsetzen und »genießen« auch die hektische Aufbereitung des Themas Endzeitsekte und Viruslügen. In »Der lange Schlaf« von Regisseur Philip Stölzl reüssiert unter anderem Samuel Weiss. Es ist im Grunde egal, ich war auch nicht da. (ale) Foto von Knut Koops: Die Schauspieler Matti Krause und Daniel Hoevels in »Der lange Schlaf«, aktuell im Deutschen Schauspielhaus in Hamburg.



Foto: Ruptly

DIE DUNKLE SEITE DER MACHT

»Nur weil sich die Macht ins Gewand des Absurden kleidet, ist sie noch lange nicht absurd. Sie folgt einer inneren Logik.« – Anonym, Konspirationistisches Manifest | Von Hendrik Sodenkamp

Auf dem Bild sehen Sie den unter Korruptionsverdacht stehenden Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) vor einem Panzer des Typs Gepard. Das Gerät ist eine Flugabwehrwaffe, die nach dem Vorbild von Waffen des Imperiums aus den Star-Wars-Filmen gestaltet wurde, die selber wiederum nach Waffen der Nazis *designed* worden waren.

REPUBLIK VS. IMPERIUM

In Ausgabe zwei des DW führten wir die Bildsprache aus dem Filmepos »Krieg der Sterne« ein. Der Todesplanet direkt auf dem Titel. Das Motiv wurde in der Demokratiebewegung tausendfach aufgegriffen, abgewandelt und angewendet. Es war brauchbar. Auf den Demonstrationen sangen die Menschen den »Imperialen Marsch«, wenn die Polizeitruppen aufliefen und konnten sich so im Anblick der Gefahr aufmuntern.

Aber auch der Gegner nahm es auf, unter anderem der bayerischen Ministerpräsident Markus Söder, als dieser sich und seine Hardcore-Corona-Linie Anfang 2021 als »Gute Seite der Macht« verkaufte. Unser Politpersonal besteht quasi aus abgehobenen Auserwählten, die eine besondere Beziehung zu dem führen, das »alles Lebende durchdringt und lenkt« (Obi Wan Kenobi). Geld und Macht also.

Nun stellt sich unser heißgeliebter Bundeskanzler also vor die Waffen des Imperiums, auf die Dunkle Seite der Macht, ironisch, wie man das heutzutage eben so macht. »Seht her«, ruft er uns zu, »diese Waffen sind unser Beitrag zum US-Imperialismus. Die ganze Welt kennt uns so, mit unseren Panzern, mit diesem *Style,* dann geben wir es ihnen eben.«

Man stelle sich vor, Olaf Scholz würde sich vor etwas stellen, das ein kleines Bißchen Glück versprechen könnte: ein schicker Sportwagen, ein schönes Häuschen, in eine Gruppe attraktiver Frauen. Er bekäme einen *Shitstorm* ab. »Wie kann man sich nur, in so schlimmen Zeiten, so lasziv darstellen?« Dieses Regime ist am Ende und hat uns gar nichts mehr zu bieten, außer Einpanzerung, Waffen, Blut und Stahl. Etwas besseres als den Tod finden wir überall!



RECHT MUSS DOCH RECHT BLEIBEN

KOLUMNE CHRISTEN IM WIDERSTAND

von Dr. Günther Riedl

Es gab das grausige nationalsozialistische Leitwort: »Recht ist, was dem deutschen Volk nützt.« Damals wurden die Rechtsgrundlagen verändert, wie es die Mächtigen wollten. Heute leben wir in einer Demokratie, in der – de jure – alle Staatsgewalt vom Volk ausgeht, aber – de facto – auf das Volk losgeht, wenn es nicht spurt. Wiederum haben die Mächtigen die Rechtsgrundlagen verändert: Unrecht wird Recht genannt. Justiz und Medien sind erneut untertänige Erfüllungsgehilfen.

Grundlage der Verordnungswut seit 2020 ist das »Infektionsschutzgesetz«. Nomen est omen: Dieses widerrechtliche Gesetz schützt(e) die Infektion so lang wie möglich vor dem Vergessen. Die freiheitsraubenden Maßnahmen waren weder geeignet noch erforderlich. Das Verhältnismäßigkeitsprinzip, eine unentbehrliche Rechtsnorm, wurde sträflich missachtet.

Ein Gesetz, das zur Mund-Nasen-Bedeckung zwang und stellenweise immer noch zwingt, ist Unrecht. Gott hat jedem den Odem gegeben. Also: Wer frei atmen will, ist im Recht. Tausende noch anhängige Verfahren gegen Aussteller und Inhaber von Maskenbefreiungen sind Unrecht. *Lockdowns* mit ihren grausamen Folgen waren Unrecht. Das Böse nicht aufzuarbeiten und stattdessen »nach vorn schauen« zu wollen, vergrößert die Ungerechtigkeit.

Jesaja sagt (Kapitel 5,23): »Weh denen, die das Recht nehmen denen, die im Recht sind!« Und Micha (Kapitel 2,1): »Weh denen, die Unheil planen und es ausführen, weil sie die Macht haben!« Sie legen sich mit Gott an. Die Missachtung der von ihm gegebenen Menschenrechte macht aus einem Rechtsspruch einen Rechtsbruch.

Gott gibt jedem das Recht auf körperliche Unversehrtheit. Es ist Unrecht, zu verlangen, Gesundheit durch einen sinnlosen Test nachzuweisen. Psalm 94,15: »Recht muss doch Recht bleiben, und alle werden ihm folgen, die aufrichtigen Herzens sind.«

Wir werden aufgefordert, gegenüber Ungerechtigkeit nicht zu schweigen, sondern sie ans Licht zu bringen (Epheser 5,11). Abschaffen lässt sie sich nicht, doch es liegt schon Glück in der Erwartung (Matthäus 5,6): »Glückselig sind, die hungern und dürsten nach Gerechtigkeit – sie sollen gesättigt werden.«

Dr. Günther Riedl, 30 Jahre, Kinderarzt in Uelzen, ist seit 2020 als Christ im Widerstand tätig.

DW-EMPFEHLUNGSLISTE

Diese Bücher sind im freien Handel erhältlich.
Neue Rezensionsexemplare bitte schicken an
DW/KDW | Postfach 35 02 16 | 10211 Berlin



DAS KONSPIRATIONISTISCHE MANIFEST.
Anonym
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus
ISBN: 978-3-9822745-9-1



CHRONIK EINER ABRECHNUNG.

Flo Osrainik
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus
ISBN: 978-3-9822745-7-7



DIE CORONA-LITANEI – Gedichte gegen die verordnete Verödung des Lebens
Dr. Werner Köhne
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus
ISBN: 978-3-9822745-8-4



DAS CORONA-ABC: Von Alarmismus bis Zensur
Schwarzbuch Corona Band II
Sven Magnus Hanefeld
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus
ISBN: 978-3-9822745-6-0



CORONA. INSZENIERUNG EINER KRISE.
Prof. Klaus-Jürgen Bruder, Prof. Almuth-Bruder Bezzel, Dr. Jürgen Günther (Hgg.)
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus
ISBN: 978-3-9822745-5-3



WIE KONNTE ES NUR SO WEIT KOMMEN?

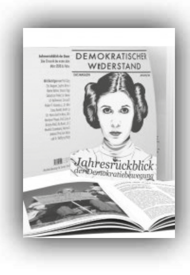
Gunner Kaiser (Hg)
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus
ISBN: 978-3-9822745-3-9



SCHWARZBUCH CORONA.
Erster Band. Die Erkenntnisse des Corona-Ausschusses
Uli Gellermann, Tamara Ganjalyan (Hgg.), Sodenkamp & Lenz Verlagshaus, ISBN: 978-3-9822745-1-5



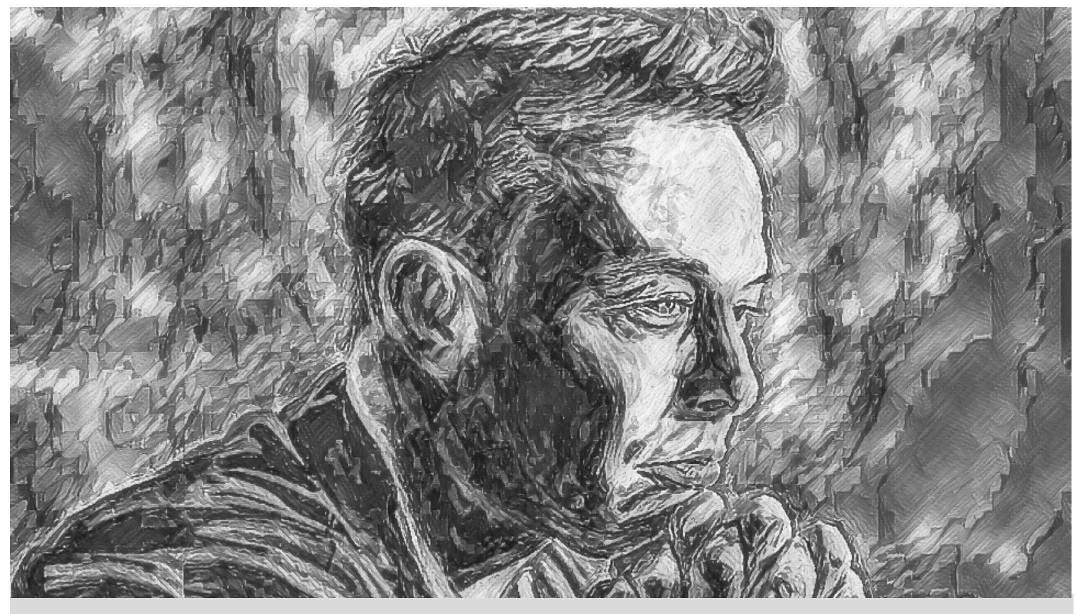
MINIMA MORTALIA
Reflexionen über den Tod in der Moderne
Werner Köhne
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus
ISBN: 978-3-9822745-0-8



JAHRES-CHRONIK DER DEMOKRATIEBEWEGUNG 2020/21
Redaktion: Casey Koneth mit Beiträgen von u.a. Beate Bahner, Robert F. Kennedy Jr., Daniele Ganser, Prof. Giorgio Agamben
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus
ISBN: 978-3-9822745-2-2



JAHRES-CHRONIK DER DEMOKRATIEBEWEGUNG 2021/22
Redaktion: Casey Koneth mit Beiträgen u.a. von Nina Adlon, Prof. Hans-Jürgen Bandelt, Ken Jebsen Milosz Matuschek
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus
ISBN: 978-3-9822745-4-6



DARF EIN MEDIEN-OLIGARCH VON DER GEGENÖFFENTLICHKEIT TRÄUMEN?

NichtOhneUns-Freiburg.de meldete sich am Mittwoch mit diesem Porträt des umstrittenen US-Feudalherren Elon Musk, der ab und zu differenzierte Töne anschlägt. Der implizite Auftrag von Nicht Ohne Uns Freiburg an uns von der in Sachen Corona weltweit führenden Wochenzeitung Demokratischer Widerstand: Die Aufklärung weitertreiben!

Der Milliardär hatte sich am Samstag mit den Worten beklagt, »dass die Diskussion über die teils lebensgefährlichen Nebenwirkungen des MRNA-Wirkstoffs gegen Corona weiterhin nur bedingt den Weg in die mediale Öffentlichkeit finden. Nun meldete auch Twitter-Chef und Multimilliardär Elon Musk starke Nebenwirkungen nach der zweiten Booster-Spritze. Am Samstag schrieb Musk unter Bezug auf den jüngsten Rasmussen-Report: ›Die zweite Auffrischungsimpfung hatte bei mir starke Nebenwirkungen. Ich fühlte mich mehrere Tage lang, als würde ich sterben. Hoffentlich keine bleibenden Schäden, aber ich weiß es nicht. Und mein Cousin, der jung und kerngesund ist, hatte einen schweren Fall von Myokarditis. Er musste ins Krankenhaus.‹«

Bei allem Mitleid: Einen (stillen) Investor könnte die Nummer 1 der Aufklärung – diese Zeitung – durchaus brauchen. Wir haben wenig Zeit zu träumen wie Musk und produzieren diese Zeitung in einem winzigen Kellergewölbe im Untergrund von Berlin. Es ist viel Arbeit und es fällt erbärmlich wenig für uns ab. – Los gehts, wir wollen auch mal für einen Abend groß sein und zünftig das beste Essen essen gehen, *mmjamjamm*, und uns dann küssen! Hinweise finden Sie auf dieser Seite unten. (bat/jro/ale)

EIN WUNDER, IMMER NOCH

Medienprofessor Michael Meyen zum Ende der Wochenzeitung Demokratischer Widerstand

Die schlechten Nachrichten ploppen nachts auf und dann, wenn man am wenigsten damit rechnet. 120 und möglicherweise nicht weiter: Ich komme gerade von einem Vortrag im Raum Rosenheim, als ich das lese, und bin eigentlich noch ganz euphorisch.

Ein voller Saal, super Fragen, tolle Atmosphäre. Der *Demokratische Widerstand* lag diesmal nicht aus, aber ich habe mir nicht viel dabei gedacht. Einmal kann dieser treue Begleiter ruhig fehlen. Wo immer ich in den letzten zweieinhalb Jahren auch gesprochen habe: Ohne ein paar Zeitungsstapel schien es nicht zu gehen. Der *Demokratische Widerstand* war etwas, worauf sich die Menschen einigen konnten. Ein Blatt für uns, geschrieben von Leuten, die für ihre Sache brannten, verteilt von Nachbarn, die wir früher oft gar nicht wahrgenommen hatten, die aber jetzt schon immer in unserem Leben zu sein schienen.

Dass es diese Zeitung wirklich gibt, habe ich erst gar nicht glauben wollen. Nachrichten auf Papier, jede Woche neu. Das ist das 20. Jahrhundert und vielleicht sogar das 19. Der *Axel-Springer-Verlag* hat gerade verkündet, dass er bald gar nicht mehr drucken will. Die Medienwelt wird digital und damit gläsern, kontrollierbar, steuerbar. Regiert wird diese Welt schon längst von Milliardären, auch in Deutschland. Eine Zeitung drucken ohne *Big Money* und das auch noch durchhalten: Vor drei Jahren hätte jeder mit dem Kopf geschüttelt. Heute verneige ich mich vor Anselm Lenz und seinem *Team*. Wer je in einer Redaktion gearbeitet hat, der weiß, was da geleistet wurde.

Mir hat nicht jeder Artikel gefallen, natürlich nicht. Aber darauf kommt es nicht an. Der *Demokratische Widerstand* war da und mit ihm eine Bewegung, die nicht Ja sagen wollte zum Ende der Welt, wie wir sie kannten. *Web*seiten kann man löschen, sperren, säubern. Von tausenden Zeitungsexemplaren bleibt immer etwas – auch jenseits all der Menschen, die sich und ihre Aktionen in diesem Blatt wiedergefunden und daraus Energie gezogen haben. Danke, *DW*. Ich vermisse dich schon jetzt.



Michael Meyen ist Professor für Kommunikationswissenschaft an der Ludwig-Maximilians-Universität München.



SPORT MIT BERTHOLD

ANGREIFER GEWINNEN SPIELE, VERTEIDIGER GEWINNEN MEISTERSCHAFTEN!

»Offense wins games, defense wins championships!« Diesen Spruch aus dem American Football kannst Du eins zu eins für den Fußball übernehmen. Das *Ranking* der Verteidiger ist im Vergleich zu meiner aktiven Zeit in den letzten Jahrzehnten enorm gestiegen. Mittlerweile erreichen Verteidiger annähernde »Verkaufswerte« wie Stürmer.

Die *Skills* der Verteidiger bestehen nicht nur im Verteidigen, Mann gegen Mann, sondern auch in der Spieleröffnung beziehungsweise in der Ballzirkulation in den eigenen Reihen. Dazu benötigt der Verteidiger ein Raumgefühl, er muss Situationen und Räume antizipieren – und das auch, wenn er vom Gegner unter Druck gesetzt wird. Da im Fußball der Ballbesitz eine wichtige Rolle spielt, denn dem Ball geht ja nie die Luft aus: Jene Mannschaft, die mehr dem Ball hinterher laufen muss, verbraucht schließlich mehr Energie – und verliert häufiger.

Verteidiger mit Offensivfertigkeiten: Der frühere Verteidiger vom Hamburger SV, Manfred Kaltz, berühmt für seine Bananenflanken, hat nach dem Training Hunderte von Flanken geübt, da die Fußhaltung und die Körperposition eine besondere Rolle spielen, um *Spin* und Tempo auf den Ball zu bekommen. In der Spieleröffnung sind vertikale Pässe angesagt, diagonale Pässe sind möglichst zu vermeiden, da bei Ballverlust höchste Gefahr droht.

»RETTUNGSTATEN« UND »UMSCHALTEN«

Wenn der Sturm die Pässe nicht verwertet, geht es für den Verteidiger sofort in den »Umschaltmodus«. Das heißt, er muss sofort wieder in seine Position zurück. Verteidiger können auch spektakuläre Großtaten vollbringen. An Rettungsgrätschen beziehungsweise ans Ablaufen von Bällen erinnere ich mich aus meiner eigenen Karriere aber nicht so gut, dass ich spontan an ein besonderes Spiel dabei denke.

Als Verteidiger ist jedenfalls eine solche »Rettungstat« ein ganz schmaler Grat: Wenn er grätscht, muss er den Ball treffen, denn im Strafraum droht Elfmeter – und heute auch noch der Platzverweis. Mein einziges Tor in der Nationalmannschaft bleibt mir natürlich in Erinnerung. Das WM-Qualifikationsspiel in Prag gegen die Tschechoslowakei, 30. April 1985, mein Kopfballtor zum 1:0. Der Endstand war dann 5:1 für uns.

Thomas Berthold ist unter anderem Fußballweltmeister 1990 und Sportchef dieser Zeitung.

IST ES DIE LETZTE? Vorweg: Wir haben bislang alle unsere Versprechen gehalten und werden keinen Abonnenten zurücklassen!

1. DAS ENDE?
Es ist nur das Ende dieser Ausgabe, wenn Sie wollen, dass wir weitermachen. Wir arbeiten unter minimalen Konditionen oder ehrenamtlich. Zögern Sie nicht, uns mit Geld auf die Beine zu helfen, wenn Sie es wollen und können durch Überweisung an Sodenkamp & Lenz Verlag IBAN: DE68 1001 0123 2493 3614 28, BIC: QNTODEB2XXX. Kontakt? Schreiben Sie an Veranstaltung@DemokratischerWiderstand.de

2. DAS ENDE?
Es ist nur das Ende dieser Ausgabe, wenn Sie Ihr Einzelabonnement verlängern – oder eines oder mehrere Einzelabonnements verschenken. Das können Sie mit dem Coupon auf Seite 16 oder – weitaus besser – als vollständiges Jahresabonnement ganz einfach und »idiotensicher« via demokratischerwiderstand.de/abo.

3. DAS ENDE?
Es ist nur das Ende dieser Ausgabe, wenn Sie uns gestatten, dass wir, falls 1. und 2. nicht ausreichend gelingen, eine Pause einlegen. Und danach trotzdem gestärkt zurückkommen. Wichtig: Wir lassen keinen Abonnenten hängen! – Mit Dank, bester Dinge, herzlich achtungsvoll mit demokratischem Gruß, Anselm Lenz für Verlag und Redaktion.

Grundgesetz

Die ersten 20 Artikel unserer Verfassung. Das Grundgesetz steht über der Regierung. Wenn eine Regierung die Verfassung bricht, haben die Menschen das Recht zum Widerstand. Artikel 1 und Artikel 20 sind zusätzlich durch die Ewigkeitsklausel geschützt. Unsere unabschaffbaren Grundrechte:

Artikel 1
(1) Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.
(2) Das Deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.
(3) Die nachfolgenden Grundrechte binden Gesetzgebung, vollziehende Gewalt und Rechtsprechung als unmittelbar geltendes Recht.

Artikel 2
(1) Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, soweit er nicht die Rechte anderer verletzt und nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder das Sittengesetz verstößt.
(2) Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Die Freiheit der Person ist unverletzlich. In diese Rechte darf nur auf Grund eines Gesetzes eingegriffen werden.

Artikel 3
(1) Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.
(2) Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.
(3) Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.

Artikel 4
(1) Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich.
(2) Die ungestörte Religionsausübung wird gewährleistet.
(3) Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden. Das Nähere regelt ein Bundesgesetz.

Artikel 5
(1) Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.
(2) Diese Rechte finden ihre Schranken in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze, den gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Jugend und in dem Recht der persönlichen Ehre.
(3) Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei. Die Freiheit der Lehre entbindet nicht von der Treue zur Verfassung.

Artikel 6
(1) Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutze der staatlichen Ordnung.
(2) Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht. Über ihre Betätigung wacht die staatliche Gemeinschaft.
(3) Gegen den Willen der Erziehungsberechtigten dürfen Kinder nur auf Grund eines Gesetzes von der Familie getrennt werden, wenn die Erziehungsberechtigten versagen oder wenn die Kinder aus anderen Gründen zu verwahrlosen drohen.
(4) Jede Mutter hat Anspruch auf den Schutz und die Fürsorge der Gemeinschaft.
(5) Den unehelichen Kindern sind durch die Gesetzgebung die gleichen Bedingungen für ihre leibliche und seelische Entwicklung und ihre Stellung in der Gesellschaft zu schaffen wie den ehelichen Kindern.

Artikel 7
(1) Das gesamte Schulwesen steht unter der Aufsicht des Staates.
(2) Die Erziehungsberechtigten haben das Recht, über die Teilnahme des Kindes am Religionsunterricht zu bestimmen.
(3) Der Religionsunterricht ist in den öffentlichen Schulen mit Ausnahme der bekenntnisfreien Schulen ordentliches Lehrfach. Unbeschadet des staatlichen Aufsichtsrechtes wird der Religionsunterricht in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Religionsgemeinschaften erteilt. Kein Lehrer darf gegen seinen Willen verpflichtet werden, Religionsunterricht zu erteilen.
(4) Das Recht zur Errichtung von privaten Schulen wird gewährleistet. Private Schulen als Ersatz für öffentliche Schulen bedürfen der Genehmigung des Staates und unterstehen den Landesgesetzen. Die Genehmigung ist zu erteilen, wenn die privaten Schulen in ihren Lehrzielen und Einrichtungen sowie in der wissenschaftlichen Ausbildung ihrer Lehrkräfte nicht hinter den öffentlichen Schulen zurückstehen und eine Sonderung der Schüler nach den Besitzverhältnissen der Eltern nicht gefördert wird. Die Genehmigung ist zu versagen, wenn die wirtschaftliche und rechtliche Stellung der Lehrkräfte nicht genügend gesichert ist.
(5) Eine private Volksschule ist nur zuzulassen, wenn die Unterrichtsverwaltung ein besonderes pädagogisches Interesse anerkennt oder, auf Antrag von Erziehungsberechtigten, wenn sie als Gemeinschaftsschule, als Bekenntnis- oder Weltanschauungsschule errichtet werden soll und eine öffentliche Volksschule dieser Art in der Gemeinde nicht besteht.
(6) Vorschulen bleiben aufgehoben.

Artikel 8
(1) Alle Deutschen haben das Recht, sich ohne Anmeldung oder Erlaubnis friedlich und ohne Waffen zu versammeln.
(2) Für Versammlungen unter freiem Himmel kann dieses Recht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes beschränkt werden.

Artikel 9
(1) Alle Deutschen haben das Recht, Vereine und Gesellschaften zu bilden.
(2) Vereinigungen, deren Zwecke oder deren Tätigkeit den Strafgesetzen zuwiderlaufen oder die sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder gegen den Gedanken der Völkerverständigung richten, sind verboten.
(3) Das Recht, zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen Vereinigungen zu bilden, ist für jedermann und für alle Berufe gewährleistet. Abreden, die dieses Recht einschränken oder zu behindern suchen, sind nichtig, hierauf gerichtete Maßnahmen sind rechtswidrig. Maßnahmen nach den Artikeln 12a, 35 Abs. 2 und 3, Artikel 87a Abs. 4 und Artikel 91 dürfen sich nicht gegen Arbeitskämpfe richten, die zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen von Vereinigungen im Sinne des Satzes 1 geführt werden.

Artikel 10
(1) Das Briefgeheimnis sowie das Post- und Fernmeldegeheimnis sind unverletzlich.
(2) Beschränkungen dürfen nur auf Grund eines Gesetzes angeordnet werden. Dient die Beschränkung dem Schutze der freiheitlichen demokratischen Grundordnung oder des Bestandes oder der Sicherung des Bundes oder eines Landes, so kann das Gesetz bestimmen, daß sie dem Betroffenen nicht mitgeteilt wird und daß an die Stelle des Rechtsweges die Nachprüfung durch von der Volksvertretung bestellte Organe und Hilfsorgane tritt.

Artikel 11
(1) Alle Deutschen genießen Freizügigkeit im ganzen Bundesgebiet.
(2) Dieses Recht darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes und nur für die Fälle eingeschränkt werden, in denen eine ausreichende Lebensgrundlage nicht vorhanden ist und der Allgemeinheit daraus besondere Lasten entstehen würden oder in denen es zur Abwehr einer drohenden Gefahr für den Bestand oder die freiheitliche demokratische Grundordnung des Bundes oder eines Landes, zur Bekämpfung von Seuchengefahr, Naturkatastrophen oder besonders schweren Unglücksfällen, zum Schutze der Jugend vor Verwahrlosung oder um strafbaren Handlungen vorzubeugen, erforderlich ist.

Artikel 12
(1) Alle Deutschen haben das Recht, Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte frei zu wählen. Die Berufsausübung kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes geregelt werden.
(2) Niemand darf zu einer bestimmten Arbeit gezwungen werden, außer im Rahmen einer herkömmlichen allgemeinen, für alle gleichen öffentlichen Dienstleistungspflicht.
(3) Zwangsarbeit ist nur bei einer gerichtlich angeordneten Freiheitsentziehung zulässig.

Artikel 12a
(1) Männer können vom vollendeten achtzehnten Lebensjahr an zum Dienst in den Streitkräften, im Bundesgrenzschutz oder in einem Zivilschutzverband verpflichtet werden.
(2) Wer aus Gewissensgründen den Kriegsdienst mit der Waffe verweigert, kann zu einem Ersatzdienst verpflichtet werden. Die Dauer des Ersatzdienstes darf die Dauer des Wehrdienstes nicht übersteigen. Das Nähere regelt ein Gesetz, das die Freiheit der Gewissensentscheidung nicht beeinträchtigen darf und auch eine Möglichkeit des Ersatzdienstes vorsehen muß, die in keinem Zusammenhang mit den Verbänden der Streitkräfte und des Bundesgrenzschutzes steht.
(3) Wehrpflichtige, die nicht zu einem Dienst nach Absatz 1 oder 2 herangezogen sind, können im Verteidigungsfalle durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu zivilen Dienstleistungen für Zwecke der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung in Arbeitsverhältnisse verpflichtet werden; Verpflichtungen in öffentlich-rechtliche Dienstverhältnisse sind nur zur Wahrnehmung polizeilicher Aufgaben oder solcher hoheitlichen Aufgaben der öffentlichen Verwaltung, die nur in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis erfüllt werden können, zulässig. Arbeitsverhältnisse nach Satz 1 können bei den Streitkräften, im Bereich ihrer Versorgung sowie bei der öffentlichen Verwaltung begründet werden; Verpflichtungen in Arbeitsverhältnisse im Bereiche der Versorgung der Zivilbevölkerung sind nur zulässig, um ihren lebensnotwendigen Bedarf zu decken oder ihren Schutz sicherzustellen.
(4) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an zivilen Dienstleistungen im zivilen Sanitäts- und Heilwesen sowie in der ortsfesten militärischen Lazarettorganisation nicht auf freiwilliger Grundlage gedeckt werden, so können Frauen vom vollendeten achtzehnten bis zum vollendeten fünfundfünfzigsten Lebensjahr durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu derartigen Dienstleistungen herangezogen werden. Sie dürfen auf keinen Fall zum Dienst mit der Waffe verpflichtet werden.
(5) Für die Zeit vor dem Verteidigungsfalle können Verpflichtungen nach Absatz 3 nur nach Maßgabe des Artikels 80a Abs. 1 begründet werden. Zur Vorbereitung auf Dienstleistungen nach Absatz 3, für die besondere Kenntnisse oder Fertigkeiten erforderlich sind, kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes die Teilnahme an Ausbildungsveranstaltungen zur Pflicht gemacht werden. Satz 1 findet insoweit keine Anwendung.
(6) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an Arbeitskräften für die in Absatz 3 Satz 2 genannten Bereiche auf freiwilliger Grundlage nicht gedeckt werden, so kann zur Sicherung dieses Bedarfs die Freiheit der Deutschen, die Ausübung eines Berufs oder den Arbeitsplatz aufzugeben, durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden. Vor Eintritt des Verteidigungsfalles gilt Absatz 5 Satz 1 entsprechend.

Artikel 13
(1) Die Wohnung ist unverletzlich.
(2) Durchsuchungen dürfen nur durch den Richter, bei Gefahr im Verzuge auch durch die in den Gesetzen vorgesehenen anderen Organe angeordnet und nur in der dort vorgeschriebenen Form durchgeführt werden.
(3) Begründen bestimmte Tatsachen den Verdacht, daß jemand eine durch Gesetz einzeln bestimmte besonders schwere Straftat begangen hat, so dürfen zur Verfolgung der Tat auf Grund richterlicher Anordnung technische Mittel zur akustischen Überwachung von Wohnungen, in denen der Beschuldigte sich vermutlich aufhält, eingesetzt werden, wenn die Erforschung des Sachverhalts auf andere Weise unverhältnismäßig erschwert oder aussichtslos wäre. Die Maßnahme ist zu befristen. Die Anordnung erfolgt durch einen mit drei Richtern besetzten Spruchkörper. Bei Gefahr im Verzuge kann sie auch durch einen einzelnen Richter getroffen werden.
(4) Zur Abwehr dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit, insbesondere einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr, dürfen technische Mittel zur Überwachung von Wohnungen nur auf Grund richterlicher Anordnung eingesetzt werden. Bei Gefahr im Verzuge kann die Maßnahme auch durch eine andere gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden; eine richterliche Entscheidung ist unverzüglich nachzuholen.
(5) Sind technische Mittel ausschließlich zum Schutze der bei einem Einsatz in Wohnungen tätigen Personen vorgesehen, kann die Maßnahme durch eine gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden. Eine anderweitige Verwertung der hierbei erlangten Erkenntnisse ist nur zum Zwecke der Strafverfolgung oder der Gefahrenabwehr und nur zulässig, wenn zuvor die Rechtmäßigkeit der Maßnahme richterlich festgestellt ist; bei Gefahr im Verzuge ist die richterliche Entscheidung unverzüglich nachzuholen.
(6) Die Bundesregierung unterrichtet den Bundestag jährlich über den nach Absatz 3 sowie über den im Zuständigkeitsbereich des Bundes nach Absatz 4 und, soweit richterlich überprüfungsbedürftig, nach Absatz 5 erfolgten Einsatz technischer Mittel. Ein vom Bundestag gewähltes Gremium übt auf der Grundlage dieses Berichts die parlamentarische Kontrolle aus. Die Länder gewährleisten eine gleichwertige parlamentarische Kontrolle.
(7) Eingriffe und Beschränkungen dürfen im übrigen nur zur Abwehr einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr für einzelne Personen, auf Grund eines Gesetzes auch zur Verhütung dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung, insbesondere zur Behebung der Raumnot, zur Bekämpfung von Seuchengefahr oder zum Schutze gefährdeter Jugendlicher vorgenommen werden.

Artikel 14
(1) Das Eigentum und das Erbrecht werden gewährleistet. Inhalt und Schranken werden durch die Gesetze bestimmt.
(2) Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.
(3) Eine Enteignung ist nur zum Wohle der Allgemeinheit zulässig. Sie darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes erfolgen, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt. Die Entschädigung ist unter gerechter Abwägung der Interessen der Allgemeinheit und der Beteiligten zu bestimmen. Wegen der Höhe der Entschädigung steht im Streitfalle der Rechtsweg vor den ordentlichen Gerichten offen.

Artikel 15
Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden. Für die Entschädigung gilt Artikel 14 Abs. 3 Satz 3 und 4 entsprechend.

Artikel 16
(1) Die deutsche Staatsangehörigkeit darf nicht entzogen werden. Der Verlust der Staatsangehörigkeit darf nur auf Grund eines Gesetzes und gegen den Willen des Betroffenen nur dann eintreten, wenn der Betroffene dadurch nicht staatenlos wird.
(2) Kein Deutscher darf an das Ausland ausgeliefert werden. Durch Gesetz kann eine abweichende Regelung für Auslieferungen an einen Mitgliedstaat der Europäischen Union oder an einen internationalen Gerichtshof getroffen werden, soweit rechtsstaatliche Grundsätze gewahrt sind.

Artikel 16a
(1) Politisch Verfolgte genießen Asylrecht.
(2) Auf Absatz 1 kann sich nicht berufen, wer aus einem Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaften oder aus einem anderen Drittstaat einreist, in dem die Anwendung des Abkommens über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten sichergestellt ist. Die Staaten außerhalb der Europäischen Gemeinschaften, auf die die Voraussetzungen des Satzes 1 zutreffen, werden durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, bestimmt. In den Fällen des Satzes 1 können aufenthaltsbeendende Maßnahmen unabhängig von einem hiergegen eingelegten Rechtsbehelf vollzogen werden.
(3) Durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, können Staaten bestimmt werden, bei denen auf Grund der Rechtslage, der Rechtsanwendung und der allgemeinen politischen Verhältnisse gewährleistet erscheint, daß dort weder politische Verfolgung noch unmenschliche oder erniedrigende Bestrafung oder Behandlung stattfindet. Es wird vermutet, daß ein Ausländer aus einem solchen Staat nicht verfolgt wird, solange er nicht Tatsachen vorträgt, die die Annahme begründen, daß er entgegen dieser Vermutung politisch verfolgt wird.
(4) Die Vollziehung aufenthaltsbeendender Maßnahmen wird in den Fällen des Absatzes 3 und in anderen Fällen, die offensichtlich unbegründet sind oder als offensichtlich unbegründet gelten, durch das Gericht nur ausgesetzt, wenn ernstliche Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Maßnahme bestehen; der Prüfungsumfang kann eingeschränkt werden und verspätetes Vorbringen unberücksichtigt bleiben. Das Nähere ist durch Gesetz zu bestimmen.
(5) Die Absätze 1 bis 4 stehen völkerrechtlichen Verträgen von Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften untereinander und mit dritten Staaten nicht entgegen, die unter Beachtung der Verpflichtungen aus dem Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten, deren Anwendung in den Vertragsstaaten sichergestellt sein muß, Zuständigkeitsregelungen für die Prüfung von Asylbegehren einschließlich der gegenseitigen Anerkennung von Asylentscheidungen treffen.

Artikel 17
Jedermann hat das Recht, sich einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen schriftlich mit Bitten oder Beschwerden an die zuständigen Stellen und an die Volksvertretung zu wenden.

Artikel 17a
(1) Gesetze über Wehrdienst und Ersatzdienst können bestimmen, daß für die Angehörigen der Streitkräfte und des Ersatzdienstes während der Zeit des Wehr- oder Ersatzdienstes das Grundrecht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten (Artikel 5 Abs. 1 Satz 1 erster Halbsatz), das Grundrecht der Versammlungsfreiheit (Artikel 8) und das Petitionsrecht (Artikel 17), soweit es das Recht gewährt, Bitten oder Beschwerden in Gemeinschaft mit anderen vorzubringen, eingeschränkt werden.
(2) Gesetze, die der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung dienen, können bestimmen, daß die Grundrechte der Freizügigkeit (Artikel 11) und der Unverletzlichkeit der Wohnung (Artikel 13) eingeschränkt werden.

Artikel 18
Wer die Freiheit der Meinungsäußerung, insbesondere die Pressefreiheit (Artikel 5 Abs. 1), die Lehrfreiheit (Artikel 5 Abs. 3), die Versammlungsfreiheit (Artikel 8), die Vereinigungsfreiheit (Artikel 9), das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis (Artikel 10), das Eigentum (Artikel 14) oder das Asylrecht (Artikel 16a) zum Kampfe gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung mißbraucht, verwirkt diese Grundrechte. Die Verwirkung und ihr Ausmaß werden durch das Bundesverfassungsgericht ausgesprochen.

Artikel 19
(1) Soweit nach diesem Grundgesetz ein Grundrecht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden kann, muß das Gesetz allgemein und nicht nur für den Einzelfall gelten. Außerdem muß das Gesetz das Grundrecht unter Angabe des Artikels nennen.
(2) In keinem Falle darf ein Grundrecht in seinem Wesensgehalt angetastet werden.
(3) Die Grundrechte gelten auch für inländische juristische Personen, soweit sie ihrem Wesen nach auf diese anwendbar sind.
(4) Wird jemand durch die öffentliche Gewalt in seinen Rechten verletzt, so steht ihm der Rechtsweg offen. Soweit eine andere Zuständigkeit nicht begründet ist, ist der ordentliche Rechtsweg gegeben. Artikel 10 Abs. 2 Satz 2 bleibt unberührt.

Artikel 20
(1) Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.
(2) Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.
(3) Die Gesetzgebung ist an die verfassungsmäßige Ordnung, die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung sind an Gesetz und Recht gebunden.
(4) Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.

»DIE WAFFEN NIEDER! SAGT ES VIELEN VIELEN.«
BERTHA VON SUTTNER

***Art. 146** Dieses Grundgesetz, das nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt, verliert seine Gültigkeit [erst] an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.*